

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

Oldenburg, [O.], Landtag 1.1919/20 - 5.1928/30[?]

4. Versammlung 04.02.1930-05.06.1930

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90136](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90136)

Niederschriften

über die

Verhandlungen der 4. Versammlung

des

V. Landtags des Freistaats Oldenburg.



Oldenburg, 1930.

Schulze'sche Hof-Buchdruckerei (H. Schwarz).



Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Erste Sitzung.

Oldenburg, den 4. Februar 1930, vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Der Präsident eröffnet um 11¹⁰ Uhr die Sitzung mit einem ehrenvollen Nachruf für den verstorbenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Der Präsident beruft zu Schriftführern die Abg. Broschko und Wichmann.

Der Abg. Broschko verliest die Anwesenheitsliste. Es sind 47 Abgeordnete anwesend. Mit Entschuldigung fehlt der Abg. Meyer (Oldenburg).

Das Haus ist beschlußfähig.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Wahl des Präsidiums.

Abg. Frerichs schlägt Wiederwahl des bisherigen Präsidenten Zimmermann vor.

Die Abstimmung ergibt: 31 Stimmen für den bisherigen Präsidenten Zimmermann, 3 Stimmen für den Abg. Schröder, 1 Stimme für den Abg. Röver, 12 Stimmzettel weiß, insgesamt waren abgegeben 47 Stimmzettel.

Präsident Zimmermann wurde somit zum Präsidenten wiedergewählt und nimmt die Wahl an.

Zum 1. Vizepräsidenten wurde wiedergewählt der Abg. Schröder mit 40 Stimmen, 4 Stimm-

zettel waren weiß, je 1 Stimme entfielen auf die Abg. Meyer (Holte), Dr. gr. Beilage und Kaper. Abgegeben waren 47 Stimmzettel.

Abg. Schröder nimmt die Wahl an.

Zum 2. Vizepräsidenten wurde wiedergewählt der Abg. Meyer (Holte) mit 33 Stimmen, weiß waren 10 Zettel, je 1 Stimme entfielen auf die Abg. Möller, Langemeyer und Wempe. Abgegeben waren 46 Stimmzettel.

Abg. Meyer (Holte) nimmt die Wahl an.

2. Wahl der Schriftführer.

Zu Schriftführern wurden durch Zusage gewählt die Abg. Broschko, Rohr und Wichmann.

3. Bildung der Ausschüsse.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird beschlossen, wieder drei Ausschüsse zu bilden.

In den Ausschuß 1 werden gewählt die Abg.: Brodeur, Hagstedt, Heitmann (stellv. Vorsitzender), Jffland, Krause, Janßen, Nieberg (Vorsitzender), Wichmann, Petters, Edholt, Göhrs, Rohr, Eichler, Langemeyer, Lehmkühl, Müller.



In den Ausschuß 2 werden gewählt die Abg.: Broschko, Jacobs, Frerichs (Vorsitzender), Raper, Meyer (Oldenburg), Dannemann, Dohm, Weyand (stellv. Vorsitzender), Albers, Brendebach, Sante, Themann, gr. Beilage, Hobbie, Haßkamp.

In den Ausschuß 3 werden gewählt die Abg. Fid, Hug, Lahmann, Schömer (stellv. Vorsitzender), Zimmermann, Hartong, Schröder, Thye, Meyer (Holte), Schulte, Wempe (Vorsitzender), Möller, Schmidt, Addids, Röver, Röder.

Für den Vertrauensmännerausschuß wurden vorgeschlagen die Abg. Frerichs, Hug, Schömer, Hartong, Schröder, Wempe, Meyer (Holte), Schmidt, Addids, Röder, Eichler, Lehmkuhl, Müller.

Der Landtag stimmt zu.

4. Verteilung der Vorlagen und Eingaben.

Der Abg. Broschko verliest die eingegangenen Vorlagen und Eingaben und deren Verteilung auf die Ausschüsse.

A. Vorlagen.

1. Schreiben, betreffend die Verzeichnisse der Veränderungen, im Bestande des Staatsguts in den Landesteilen Oldenburg, Lübed und Birkenfeld für die Zeit vom 1. Oktober 1928 bis dahin 1929.
Ausschuß 1.
2. Entwurf eines Rindviehzuchtgesetzes für den Landesteil Birkenfeld.
Ausschuß 2.
3. Schreiben, betreffend Austausch der Staatsstraßenecke Sande — Landesgrenze bei Neustadtgödens und Hohenkirchen — Kaiserei gegen die Amtsstraße Hölle-Heidmühle.
Ausschuß 3.
4. Schreiben, betreffend die Geschäftsberichte der Landespartkasse und der Deffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg für das Jahr 1928.
Ausschuß 1.
5. Haushalt Zentralkasse.
Ausschuß 3.
6. Haushalt für den Landesteil Oldenburg.
Ausschuß 3.
7. Schreiben, betreffend Besoldung des Rektors Grimm in Rüstingen.
Ausschuß 1.

8. Gesetzentwurf zur Abänderung der Gesetze für das Herzogtum Oldenburg und die Fürstentümer Lübed und Birkenfeld vom 22. Februar 1898, betreffend Besteuerung des Wandererwerbes.
Ausschuß 3.

9. Schreiben, betreffend Ernennung der Regierungsvertreter.
Zur Akte.

10. Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betreffend Förderung der Ziegenzucht.
Ausschuß 2.

11. Voranschlag des Siedlungsamts.
Ausschuß 3.

12. Schreiben, betreffend Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse des Freistaates und der Landeskasse des Landesteils Oldenburg für das Rechnungsjahr 1928.
Ausschuß 1.

13. Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg über die Verlängerung der Geltungsdauer der Gewerbesteuer Gesetze für das Rechnungsjahr 1930.
Ausschuß 2.

14. Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten des Landesteils Oldenburg für 1928/29.
Ausschuß 1.

15. Desgl. für den Landesteil Lübed.
Ausschuß 1.

16. Desgl. für den Landesteil Birkenfeld.
Ausschuß 1.

17. Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg über die Erhebung eines Zuschlages zur staatlichen Gewerbesteuer.
Ausschuß 2.

B. Eingaben.

1. Eingabe des Heinrich Fente, Strafgefangener in Bchta, betreffend Strafunterbrechung.
Ausschuß 1.
2. Eingabe des Zimmermeisters Emil Röck in Eutin, betreffend Gewährung einer Beihilfe von 5000 RM zur Abdeckung seiner drückendsten Schulden.
Ausschuß 1.



3. Eingabe des Gustav Stadtkowik, Strafgefangener in Vehta, betreffend Mittagkost in der Strafanstalt.
Ausschuß 1.
4. Eingabe des Konrad Georg Meyer, Untersuchungsfangener in Vehta, betreffend seine ärztliche Behandlung.
Ausschuß 1.
5. Eingabe des Landesverbandes der Oldenburgischen Haus- und Grundbesitzervereine e. V., betreffend Wohnheimstättengesetz.
Ausschuß 1.
6. Eingabe des Willi Gugat, Strafgefangener in Vehta, betreffend seine Behandlung in der Krankenabteilung.
Ausschuß 1.
7. Eingabe der Frau Ferdinand Kelschner in Hamburg, betreffend Ueberlassung eines Teils der Pension ihres verstorbenen Mannes.
Ausschuß 1.
8. Eingabe des Bremer Vereins für Seemannsheimen Bremen, betreffend Beihilfe für den Bau eines neuen Seemannsheimes in Bremen.
Ausschuß 3.
9. Eingabe des Albert Wille, Strafgefangener in Vehta, betreffend Beschwerde über den Medizinalrat und Direktor der dortigen Strafanstalt.
Zurückgezogen.
10. Eingabe des Gerd Doft in Sedelsberg, betreffend Beihilfe zur weiteren Ausbildung seines Sohnes.
Ausschuß 1.
11. Eingabe des Harder, Strafgefangener in Vehta, betreffend Verbesserung und Verschönerung des Weihnachtsfestes.
Ausschuß 1.
12. Eingabe des Heinrich Rühaak, Strafgefangener in Vehta, nebst Nachfuge, betreffend Reform des Strafvollzuges.
Ausschuß 1.
13. Eingabe des Landbundes für den Landesteil Lübed, des Kreishandwerkerbundes für den Landesteil Lübed, des Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine und des Bürgervereins der Gemeinde Stodelsdorf, betreffend Protest gegen die vom Landesauschuß des Landesteils Lübed beschlossene Erhöhung der Wegesteuer.
Ausschuß 2.
14. Eingabe des Vorstandes der Gemeinde Kensefeld, betreffend Bewilligung eines Zuschusses zum Schulhausneubau in Kensefeld.
Ausschuß 3.
15. Eingabe des Joh. H. Janßen, Strafgefangener in Vehta, nebst Nachfuge, betreffend Anlage einer Radio-Lautsprecher-Anlage, freie Meinungsäußerung in Briefen an Angehörige und seine Zurückversetzung in die 1. Stufe.
Ausschuß 1.
16. Eingabe des Wilh. Urban, Strafgefangener in Vehta, betreffend Zustände in der dortigen Gefängnisanstalt.
Ausschuß 1.
17. Eingabe des Gemeindevorstandes in Dintlage, schlechte wirtschaftliche Lage der Siedler in der Wulfenauer Mark.
Ausschuß 3.
18. Eingabe des Heinrich Pingel in Wehnen, wohnhaft in Hammelwarden, betreffend seine Unterbringung in die Heil- und Pflegeanstalt in Wehnen.
Ausschuß 1.
19. Eingabe der Witwe Johanne Reents in Oldenburg, betreffend ihre Prozeßsache gegen Frau Lohmann wegen Zusehen eines gemeinschaftlichen Entwässerungsgrabens.
Ausschuß 1.
20. Eingabe des Karussellbesitzers Paul Wilks in Burhave, betreffend Nichtzulassung von außeroldenburgischen Marktbeziehern zu den kleineren Märkten.
Ausschuß 1.
21. Eingabe des Evangelischen lutherischen Oberkirchenrats, Oldenburg, betreffend Erhöhung des Betrages der Bauschumme.
Ausschuß 3.
22. Eingabe des Landwirts Heinrich Husmann in Bredehorn, betreffend Aenderung des Oldenburgischen Wassergesetzes in betreff des Reinhaltens der öffentlichen Wasserzüge.
Ausschuß 2.
23. Eingabe des Vorstandes der Theatergemeinde Oldenburg des Bühnenvolksbundes, betreffend Zuschuß eines Vertreters in den Theaterauschuß.
Ausschuß 3.

24. Eingabe des Rechnungsstellers Aug. Buschmann in Südbäke, betreffend Rückerstattung der zu viel gezahlten Reichssteuern an die Steuerzahler.

Ausschuß 1.

25. Eingabe des H. Benkens in Bollingen und 26 weitere Unterschriften, betreffend Bewilligung der Kosten zum Bau einer Brücke für Fuhrwerks-Verkehr über den Bollinger-Kanal.

Ausschuß 3.

26. Eingabe des Vorstandes der Landgemeinde Ahrensböf, betreffend Uebernahme des Zuschusses der Landgemeinde zum Reformrealprogymnasium in Ahrensböf auf den Staatshaushalt nebst Nachsage.

Ausschuß 3.

27. Eingabe des Bischöflich-Münsterschen Offiziats in Bechta, betreffend Aufhebung des Katholischen Oberschulkollegiums und Vereinigung der beiden bestehenden pädagogischen Lehrgänge zu einer Akademie.

Ausschuß 3.

28. Eingabe des Wiesenbaumeisters Hilmer in Oldenburg, betreffend planmäßige Anstellung in Gruppe 4b der Besoldungsordnung.

Ausschuß 1.

29. Eingabe des Bundes der Vereine ehem. Mittelschüler und -schülerinnen Deutschlands, Sitz Hannover, betreffend Mitteilung einer Entschliebung.

Ausgelegt.

30. Eingabe des Reichsbundes des Deutschen Malergewerbes, Gau Nordwestdeutschland und Verband der Maler, Lackierer usw. Nordwestdeutschland, betreffend Zeitpunkt für die Vornahme von Malerarbeiten.

Ausgelegt.

31. Eingabe des Kaufmanns J. Behrens in Eutin, betreffend Niederschlagung seiner Steuern vom bebauten Grundbesitz.

Ausschuß 3.

32. Eingabe der Lehrerin Th. Meyer, Oldenburg, betreffend Entlassung einer Lehrerin wegen ihres Austritts aus der evangelischen Kirche.

Ausschuß 1.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Brendebach, betreffend Nonnenfraß in den Kiefernbeständen des Staatsforstes Warrenberg wird vom Präsidenten die Antwort des Staatsministeriums vorgelesen.

Der Präsident macht weiter Mitteilung von dem Eingange der selbständigen Anträge der Abg. Schulte und Röver, die den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden.

Bei dem Antrage Schulte wird vom Landtage die „Dringlichkeit“ anerkannt.

Ein Antrag des Rechtsanwalts Böhmer in Eutin gegen den Abg. Broschko und ein Antrag der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Osnabrück gegen den Abg. Röver auf Erteilung der Zustimmung des Landtags auf Strafverfolgung wird mit Einverständnis des Landtags dem Vertrauensmänner-Ausschuß überwiesen.

Der Präsident schließt die Sitzung um 11⁵⁰ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 21. Februar 1930, vormittags 10 Uhr.

Zimmermann.

Wichmann.

Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 21. Februar 1930, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Der Präsident eröffnet um 10¹⁰ Uhr die Sitzung.

Abg. Wichmann verliest das Protokoll der vorigen Sitzung.

Nachdem Einwendungen gegen das Protokoll nicht gemacht wurden, wurde das Protokoll als genehmigt erklärt.

Alsdann bestimmt der Präsident den Abg. Rohr zum Vorlesen der Eingänge:

A. Vorlagen.

1. Schreiben des Staatsministeriums, betreffend Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Landesteils Birkenfeld für das Rechnungsjahr 1. April 1930/31. (Anlage 18.)

Ausschuß 1.

2. Schreiben des Staatsministeriums, betreffend desgleichen für den Landesteil Oldenburg. (Anlage 19.)

Ausschuß 1.

3. Schreiben des Staatsministeriums, betreffend Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Kasse des Siedlungsamts für 1928 nebst Nachweisung der Kaufgelder und der Erlöse für Grundstücke. (Anlage 20.)

Ausschuß 1.

4. Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg zur Aenderung des Gesetzes vom 12. Juli 1924 zur Ausführung des Finanzausgleichsgesetzes. (Anlage 21.)

Ausschuß 2.

5. Schreiben, betreffend Neuwahl von Mitgliedern der Rentenfeststellungskommission und deren Stellvertreter. (Anlage 22.)

Plenum.

6. Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betreffend die Aenderung des Gesetzes für den Freistaat Oldenburg vom 21. Mai 1921, betreffend die zeitweilige Aufhebung der einseitigen Rechte auf Ablösung von Naturalberechtigungen und Naturaldiensten in der Fassung des Gesetzes vom 6. Juli 1929. (Anlage 23.)

Ausschuß 2.

7. Gesetzentwurf für den Landesteil Oldenburg über die Aufwertung des auf Grund des § 5 des Vertrages vom 13. April 1854 an die Grafen Bentinck zu zahlenden Geldbetrages. (Anlage 24.)

Ausschuß 3.

B. Eingaben.

1. Eingabe des Rechnungsstellers und Steuerberaters August Buschmann in Südbäte, betreffend durchgreifende Maßnahmen bei Zwangsvollstredungen aus Steuerrückständen und schwerste Ahndung bei gesetzwidrigen Handlungen.
Ausschuß 1.
2. Eingabe der Oldenburgischen Handelskammer für die Landesteile Oldenburg und Lübed, betreffend Abänderung des Wandergewerbe-
steuergesetzes.
Ausschuß 2.
3. Eingabe des Landbundes Oldenburg-Bremen, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 14. April 1882, betreffend die Zwangsvollstredung wegen Geldforderungen in Verwaltungssachen.
Ausschuß 2.
4. Eingabe der Ruth v. Witzleben, 1. Vorsitzende des Landesverbandes Oldenburger Lehrerinnen, betreffend Lehrerbildung in Oldenburg.
Ausschuß 2.
5. Eingabe des Reichsverbandes ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands, Ortsgruppe Oldenburg, betr. Abänderung des Wandergewerbe-
steuergesetzes.
Ausschuß 2.
6. Eingabe des Erwerbslosen-Ausschusses, Oldenburg, betreffend Not der Erwerbslosen.
Ausschuß 3.
7. Eingabe des Vorstandes des Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine im Landesteil Lübed, betreffend Wohnungs-Zwangswirtschaft im Landesteil Lübed.
Ausschuß 1.
8. Eingabe der Schwester Elisabeth Doellefeld, Oldenburg, betreffend planmäßige Anstellung.
Ausschuß 1.
9. Eingabe der Regierungsangestellten Petsch und Kreis in Birkenfeld, betreffend Ueberführung ins Beamtenverhältnis.
Ausschuß 1.
10. Eingabe des Bauern-, Pächter- und Siedlerverbandes, betreffend Verpachtung von staatlichen Stüdländereien.
Ausschuß 3.
11. Eingabe desselben, betreffend Finanzausgleichsgesetz.
Ausschuß 2.
12. Eingabe desselben, betreffend Verlängerung des Pachtschuzes.
Ausschuß 2.
13. Eingabe des Bürgervereins Oldenburg-Süd, betreffend Instandsetzung des Gebäudes Bremer Str. 21 in Oldenburg.
Ausschuß 3.
14. Eingabe der Erwerbslosen von Zwischenahn, betreffend Not der Erwerbslosen, insbesondere der Nichtunterstützten und Ausgesteuerten.
Ausschuß 3.
15. Eingabe des Vorstandes des Oldenburger Städtevereins zu Anlage 8 (Änderung des Wandergewerbebesteuergesetzes.)
Ausschuß 2.
16. Eingabe des Reisenden Bernard Esceler in Rheine, betreffend Erlaß einer Strafe und Rückerstattung von Steuern.
Ausschuß 1.
17. Eingabe des deutschen Republikanischen Lehrerbundes, Landesverband Oldenburg, betreffend Beflaggen der öffentlichen Gebäude.
Ausschuß 2.
18. Eingabe des Gemeindevorstandes B ö s e l, betreffend Umwandlung der Naturalwertrente in Goldmarkrente und Verlängerung der Rückzahlungsrufen für Abtragsdarlehen.
Ausschuß 3.
19. Eingabe des Bürgervereins der Haus- und Grundbesitzer Oldenburg, betreffend Unterbleibung jeder steuerlichen Mehrbelastung des bebauten Grundbesitzes usw.
Ausschuß 3.
20. Eingabe des Reichsverbandes ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands, Ortsgruppe Oldenburg, betreffend Wandergewerbebesteuergesetz.
Ausschuß 2.
21. Eingabe des Oldenburgischen Landeslehrervereins, betreffend Ausbildung der Volksschullehrer.
Ausschuß 2.

22. Eingabe des Vorstandes der Wirtvereingung des Freistaats Oldenburg, Landesverband Oldenburg, betreffend Aufhebung des § 25 der Reg.-Bekanntmachung vom 2. Februar 1846, betreffend das Gastwirtschaftsgewerbe.

Ausschuß 2.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, gibt der Präsident eine förmliche Anfrage des Abg. Meyer (Holte) bekannt:

Die öffentlich-rechtliche Berufsvertretung der oldenburgischen Landwirtschaft hat nachgewiesen, daß die Landwirtschaft in Oldenburg steuerlich stärker belastet ist, als in Hannover. Das gilt besonders hinsichtlich der Steuer vom bebauten Grundbesitz. Da das Staatsministerium früher wiederholt nachdrücklich die Auffassung vertreten hat, eine Höherbelastung der oldenburgischen Landwirtschaft komme nicht in Betracht, so richte ich an das Staatsministerium die Frage:

Ist das Staatsministerium bereit, Schritte zu tun, um die Belastung der Landwirtschaft herabzusetzen?

Ferner sei ein selbständiger Antrag der Zentrum-Fraktion eingegangen:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung mit Nachdruck dahin zu wirken, daß auch unabhängig von der Durchführung einer Reichsfinanzreform die Belastung der Landwirtschaft mit den Rentenanwartschaften unbedingt zum 1. April 1930 in Wegfall kommt.

Ausschuß 3.

Ein selbständiger Antrag des Abg. Hobbie:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Es werden die Pachten sämtlicher Siedler auf Moor- und Geest-Böden mit sofortiger Wirkung um die Hälfte und für Marschboden um $\frac{1}{4}$ des Betrages heruntergesetzt.
2. Die Höchstgrenze der Kaufsumme ist das 25-fache der Grundrente.
3. Jedem Siedler wird bei der Einweisung der Siedlerstelle der Wert derselben bekanntgegeben.
4. Die Höhe des Abtrages der Staatsdarlehen für Siedler wird auf je 5% statt 10% festgesetzt. In den Fällen, in denen niedrigere Abtragungen vereinbart sind, bleibt es beim alten Zustande.

Ausschuß 3.

Ein selbständiger Antrag des Abg. Dohm:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, den Beschluß des Landesauschusses des Landes-

teils Lübeck vom 29. Oktober 1929, betreffend Erhöhung der Wegesteuer, für ungültig zu erklären, bzw. dem Beschluß die Genehmigung zu versagen.

Ausschuß 2.

Ein selbständiger Antrag des Abg. Fid:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen:

1. zu prüfen, ob nicht eine Vereinigung der beiden Gemeinden Schwartau und Rensfeld im Landesteil Lübeck möglich und zweckmäßig ist.
2. dem Landtag baldigst über das Ergebnis dieser Prüfung Bericht zu erstatten und gegebenenfalls einen Gesetzentwurf mit dem Ziel der Vereinigung der beiden genannten Gemeinden vorzulegen.

Ausschuß 2.

Ein selbständiger Antrag des Abg. Krause:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, dem Landtage noch in dieser Tagung eine Vorlage für Errichtung einer Ruhe- und Hinterbliebenenversorgungskasse für die bei dem Oldenburger Staat beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu machen.

Ausschuß 2.

Ein selbständiger Antrag der Abg. Themann und Echholt:

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium wird ersucht, für die Neusiedler auf Geest und Moor folgende Erleichterungen zu gewähren:

1. daß die Naturalwertrente aufgehoben und dafür eine Reichsmarkrente eingeführt wird;
2. daß die Rente, von dem Gesichtspunkte der Ertragsfähigkeit aus gesehen, nicht höher festgesetzt wird, als es die Leistungsfähigkeit des Kolonats erlaubt;
3. daß den Siedlern bei der Uebernahme des Kolonats der Wert des Kolonats mitgeteilt wird, welche Summe er jederzeit ganz oder teilweise zurückzahlen kann. Bei einer teilweisen Rückzahlung ermäßigt sich die Rente im gleichen Verhältnis;
4. daß wenigstens in der nach 2 festgesetzten Rente 1% Abtragung für die Ablösung der Rente eingeschlossen wird, ohne die Rente untragbar zu machen;
5. daß das dem Siedler gegebene Meliorationsdarlehen nach 2 Freijahren mit 4%

- verzinst und statt mit 10% mit 5% abgetragen wird;
6. daß das dem Siedler gegebene Hausbaudarlehn aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine 30 jährige statt 10 jährige Laufzeit bekommt;
 7. daß zur Einschätzung der Rente drei stimmberechtigte Siedler mit hinzugezogen werden;
 8. daß den Siedlern, soweit diese es wünschen, ein Hühnerstall von 6×10 Mtr. vom Siedlungsamte gebaut wird. Das Inventar hat der Siedler selbst zu beschaffen.

Ausschuß 3.

Ein selbständiger Antrag des Abg. Dannemann:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen: Die Geschäftsordnung des Landtages wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 84—87 werden gestrichen und ersetzt durch die §§ 84—91 in folgender Fassung:

§ 84.

Der Präsident kann Redner, wenn sie vom Verhandlungsgegenstand abschweifen, zur Sache verweisen und sie und andere Mitglieder, wenn sie die Ordnung verletzen, mit Nennung des Namens zur Ordnung rufen.

§ 85.

Ist ein Redner dreimal in derselben Rede zur Sache oder zur Ordnung gerufen und beim zweiten Male auf die Folgen eines dritten Rufes zur Sache oder zur Ordnung hingewiesen worden, so kann ihm der Präsident das Wort entziehen. Er darf es bis nach Erledigung des Gegenstandes bzw. bis nach der Abstimmung über denselben nicht wieder erhalten.

§ 86.

Wegen gröblicher Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied bis zu 30 Sitzungstagen von der Teilnahme an den Verhandlungen ausschließen. Für die Zeit bis zum Ablauf der Ausschlussfrist ruht die Berechtigung zum Bezuge der Aufwandsentschädigung und zur Benutzung der Freifahrtkarte.

Das Mitglied hat den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Tut es das trotz der Aufforderung des Präsidenten nicht, so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben, und das Mitglied zieht sich dadurch ohne weiteres den Ausschluß von weiteren dreißig Sitzungstagen mit den im Absatz 1 bezeichneten Folgen zu.

Der Präsident stellt diese Folgen bei Wiedereröffnung der Sitzung oder bei Beginn der nächsten fest.

Das Mitglied darf während der Dauer der Ausschließung auch an den Ausschußsitzungen nicht teilnehmen.

§ 87.

Das Mitglied kann gegen den Ordnungsruf oder den Ausschluß bis zum nächsten Sitzungstage schriftlich Einspruch erheben. Der Einspruch ist frühestens auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Der Landtag entscheidet ohne Besprechung.

§ 88.

Wenn im Landtage störende Unruhen entstehen, so kann der Präsident die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen oder ganz aufheben. Kann er sich kein Gehör verschaffen, so verläßt er den Präsidentenstuhl. Die Sitzung ist alsdann auf eine Stunde unterbrochen.

§ 89.

Der Präsident übt die Polizeigewalt aus im Gebäude des Landtags, insbesondere im Sitzungssaal einschl. der für die Allgemeinheit zugänglichen Zuhörerräume. Der Zutritt zu diesen kann von der Einholung besonderer Eintrittskarten abhängig gemacht werden, über die der Präsident verfügt.

Der Eintritt in den Sitzungssaal der Abgeordneten ist nur denen gestattet, welche durch die Verfassung oder die Geschäftsordnung oder durch ihren Dienst als Beamte oder Angestellte des Landtags dahin berufen sind. Jeder Abgeordnete hat das Recht, den Präsidenten auf die unbefugte Anwesenheit anderer Personen aufmerksam zu machen.

Der Zutritt zu den übrigen Räumen kann Nichtmitgliedern vom Präsidenten untersagt werden.

§ 90.

Wer auf den Zuhörertribünen Beifall oder Mißbilligung äußert oder Ordnung und Anstand verlegt, kann auf Anordnung des Präsidenten sofort entfernt werden. Der Präsident kann eine Zuhörertribüne wegen störender Unruhe räumen lassen.

2. Die §§ 88—92 der Geschäftsordnung erhalten die Nummern 91—95.

Durch den Selbständigen Antrag des Abg. Dannemann wird der Abkl. Nr. 77 erledigt. Der Antrag wird dem Vertrauensmänner-Ausschuß überwiesen.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten. Zu Punkt 1 und 2

1. Schreiben der Rechtsanwälte Dr. jur. Ernst Evers und Joh. Heint. Böhmker, Eutin, betreffend Strafverfahren gegen den Abg. Broschko.

2. Schreiben des Ministeriums der Justiz, Oldenburg i. O., betreffend Strafverfahren gegen den Abg. Röver.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

3. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Witwe Johanne Reents, Oldenburg.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

4. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Rechnungstellers Aug. Buschmann in Südbäke bei Rastede, um Rückerstattung von zuviel gezahlten Reichssteuern an die Steuerzahler.

Abg. Wittje stellt einen Verbesserungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wird ersucht, bei der Reichsregierung im Sinne des Antragstellers vorstellig zu werden.

Der Ausschufantrag wird angenommen. Damit ist der Antrag Wittje erledigt.

5. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe der Witwe Ferdinand Kelschner aus Hamburg.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

6. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Lehrerin Th. Meyer, Oldenburg, Blumenstraße 2.

Der Antrag 1 wird angenommen, dadurch ist der Antrag 3 und die Eingabe erledigt.

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

7. Bericht des Ausschusses 3 über die Anlage 3 des Staatsministeriums, betreffend Austausch von Straßen.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

8. Bericht des Ausschusses 1 über die Anlage 1, betreffend Veränderungen im Bestande des Staatsguts.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

9. Bericht des Ausschusses 1 über die Nebenanlagen A und B der Ueberflachten über die Erträge der Staatsforsten des Landesteils Lübeck im Forstbetriebsjahre 1928/29. (Anlage 15.)

Der Ausschufantrag wird angenommen.

10. Bericht des Ausschusses 3, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg über die Aufwertung des auf Grund des § 5 des Vertrages vom 13. April 1854 an die Grafen Bentinck zu zahlenden Geldbetrages. 1. Lesung. (Anlage 24.)

Ein mündlicher Antrag des Abg. Müller: überhaupt nichts an die Grafen Bentinck zu zahlen, fand nicht die genügende Unterstützung und ist der Antrag hiermit erledigt.

Der Ausschufantrag der 1. Lesung wird angenommen.

Niederschrift. V. Landtag. 4. Versammlung.

Anträge zur 2. Lesung sind nach 10 Minuten einzureichen.

11. Bericht des Ausschusses 3 zum dringlichen selbständigen Antrag des Abg. Dr. Schulte, betreffend Wohnungsbaudarlehen.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

12. Bericht des Ausschusses 1 über den selbständigen Antrag des Abg. Röver.

Abg. Janßen stellt einen Verbesserungsantrag. Ablehnung des selbständigen Antrags des Abg. Röver in der vorliegenden Fassung und Annahme in folgender Fassung:

„Die Reichsregierung und der Reichstag werden ersucht, den Youngplan abzulehnen.“

Ein Verbesserungsantrag des Abg. Röver deckt sich mit dem Verbesserungsantrag Janßen.

Abg. Addicks wünscht den Punkt:

13. Förmliche Anfrage des Abg. Addicks, der sich auch auf dieselbe Angelegenheit bezieht, mit zu verhandeln.

Der Landtag ist hiermit einverstanden.

Der Präsident stellt alsdann den Punkt 13 mit zur Beratung.

Abg. Röver stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Antrag ist genügend unterstützt.

Die förmliche Anfrage des Abg. Addicks wird von der Staatsregierung, wie folgt, beantwortet:

Die Staatsregierung hat geglaubt, trotz erheblicher Bedenken sich ebenso wie die Mehrzahl der anderen Länder für die Annahme der Youngplangesehe entscheiden zu sollen.

Dem Antrage des Abg. Lahmann auf Schluß der Debatte stimmt der Landtag zu.

Alsdann wird zur Abstimmung geschritten. Abgegeben werden 41 Stimmen. Es stimmten 29 Abg. mit nein und 12 Abg. mit ja. Somit sind die Anträge Röver und Janßen abgelehnt.

Ferner sind die Ausschufanträge 1 und 2 erledigt.

14. Förmliche Anfrage des Abg. Brendebach.

Die Anfrage wird von der Staatsregierung wie folgt, beantwortet:

Die zollpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen des Reichs haben bisher nicht ausgereicht, um die schwierige wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft endgültig zu beheben. Zu denjenigen Angehörigen des landwirtschaftlichen Berufsstandes, bei denen sich diese allgemeinen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse am schärfsten auswirken, gehören die Neusiedler auf unkultiviertem Boden.

Das Staatsministerium hat die wirtschaftlichen Verhältnisse der Neusiedler auf unkultiviertem Boden einer eingehenden Nachprüfung unterzogen. Sie vertritt die Auffassung, daß die Naturalwertrente, die in der Weise festgesetzt ist, daß in den ersten 7 Jahren keine Rente, vom 8. bis 10. Jahre $\frac{1}{3}$ der Rente, vom 11. bis zum 13. Jahre $\frac{2}{3}$ der Rente und erst vom 14. Jahre ab die volle Rente zu zahlen ist, auch unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen tragbar ist, nachdem der Staat durch den Erlaß der „Richtlinien über die Umstellung der Naturalwertrente in Goldmarkrente“ im Jahre 1929 für die Zeit vom 1. Mai 1929 bis zum 30. April 1932 auf denjenigen Teil der Naturalwertrente verzichtet hat, der 100% der Grundrente übersteigt.

a) Das Staatsministerium hat jetzt beschlossen, diese Naturalwertrente für sämtliche Siedlungen auch über den 30. April 1932 hinaus endgültig in eine Goldmarkrente in der Weise umzustellen, daß die 100% tige Grundrente in eine 100% tige Goldmarkrente umgewandelt wird.

b) Das Staatsministerium hat ferner beschlossen, die Tilgungsbedingungen für die staatlichen Siedlungsdarlehen mit sofortiger Wirkung anderweit festzusetzen und zwar:

1. Die Tilgungsdauer für den Landesanteil an dem zinslosen Hausbaudarlehen aus Mitteln der wertschaffenden Erwerbslosenfürsorge, der bisher nach 5 tilgungsfreien Jahren innerhalb 10 Jahren in gleichen Raten zu tilgen war, wird unter Wegfall der Freijahre auf 30 Jahre bei Abtragung in gleichen Raten verlängert.
2. Die Tilgung der Meliorationsdarlehen aus Mitteln des Siedlungsamtes, die

mit einer Zinsverbilligung auf 4% ausgestattet sind und die bisher nach 2 Tilgungsfreijahren abenfalls in 10 gleichen Jahresraten zu tilgen waren, wird unter Aufrechterhaltung der Zinsvergünstigung und der beiden Tilgungsfreijahre nunmehr auf jährlich 1% zuzüglich ersparter Zinsen festgesetzt.

c) Das Staatsministerium hat endlich bei dem Herrn Reichsarbeitsminister schriftlich und durch mündliche Verhandlung beantragt, daß auch die Tilgungsdauer für den Reichsanteil an dem zinslosen Hausbaudarlehen aus Mitteln der wertschaffenden Erwerbslosenfürsorge, der bis zum Jahre 1929 nach 5 Tilgungsfreijahren innerhalb 10 Jahren in gleichen Raten abzutragen war, ebenfalls für sämtliche Neusiedler auf unkultiviertem Boden unter Wegfall der Freijahre, die vom Reich für die nach 1929 gewährten Darlehen bereits beseitigt sind, auf 30 Jahre bei Abtragung in gleichen Raten verlängert wird. Es besteht begründete Aussicht, daß das Reichsarbeitsministerium dem Antrag des Staatsministeriums entsprechen wird.

Das Staatsministerium ist der Ansicht, daß bei Durchführung dieser Maßnahmen die Belastung der Neusiedler auf unkultiviertem Boden tragbar ist.

15. Bericht des Ausschusses 3, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg über die Aufwertung des auf Grund des § 5 des Vertrages vom 13. April 1854 an die Grafen Bentinck zu zahlenden Geldbetrages. 2. Lesung. (Anlage 24.)

Der Ausschußantrag zur 2. Lesung wird angenommen.

Der Präsident schließt die Sitzung um 2³⁵ Uhr nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 14. März 1930, vormittags 9 Uhr.

Zimmermann.

Rohr.

Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 14. März 1930, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Der Präsident eröffnet um 9¹⁰ Uhr die Sitzung.

Das vom Schriftführer Wichmann verlesene Protokoll der vorigen Sitzung wird vom Landtag genehmigt.

Abg. Broschko verliest das Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen und Eingaben. Der Landtag ist mit der Ueberweisung an die betreffenden Ausschüsse einverstanden.

A. Vorlagen.

1. Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betreffend die Erhebung einer Steuer vom bebauten Grundbesitz im Rechnungsjahre 1930 (Hauszinssteuergesetz).

Ausschuß 3.

2. Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betreffend die Erhebung einer Steuer zur Förderung des Wohnungsbaues im Rechnungsjahr 1930.

Ausschuß 3.

3. Schreiben, betreffend Weiterbau des Gymnasiums in Vehta.

Ausschuß 3.

4. Entwurf eines Fischereigesetzes für den Landesteil Lübed.

Ausschuß 2.

B. Eingaben.

1. Eingabe des Arbeitslosen-Ausschusses Rüstingen-Wilhelmshaven, betreffend einmalige Beihilfe zur Linderung der Not der Erwerbslosen und Behebung der Arbeitslage im Oldenburger Lande.

Ausschuß 3.

2. Eingabe des Stadtmagistrats Friesonthe, betreffend Errichtung einer höheren Landwirtschaftsschule in der Stadt Friesonthe.

Ausschuß 3.

3. Eingabe des Registraturgehilfen Walter in Cutin, betreffend Uebernahme ins Beamtenverhältnis.

Ausschuß 1.

4. Eingabe des Stadtrats der Stadtgemeinde Bad Schwartau, betreffend Einspruch gegen die Vereinigung der beiden Gemeinden Schwartau und Rensfeld.

Ausschuß 2.

5. Eingabe des Oldenburgischen Landesorchesters, betreffend Wiedereinführung der Beamten-eigenschaft für neu einzustellende etatsmäßige Orchestermitglieder.
Ausschuß 3.
6. Eingabe des Peter Sed y aus Kallne in Galizien, betreffend Aufhebung seiner Ausweisung aus dem Oldenburger Lande.
Ausschuß 1.
7. Eingabe des Robert Coldewey in Delmenhorst, betreffend Erlaß seiner Gefängnisstrafe.
Ausschuß 1.
8. Eingabe der Theatergemeinschaft der Beamtenverbände, betreffend Zusammensetzung des Theaterausschusses.
Ausschuß 3.
9. Eingabe des Haus- und Grundbesitzer-Vereins Barel, betreffend Umlageverfahren der erhöhten Realsteuern.
Ausschuß 2.
10. Eingabe des Deutschen Baugewerksbundes Rüstingen-Wilhelmshaven, betreffend Beseitigung der Brandruine an der Hauptstraße in Hookfiel.
Ausschuß 1.
11. Eingabe des Hausbesitzervereins Oberstein, betreffend Hauszinssteuererhöhung.
Ausschuß 3.
12. Eingabe des Arbeiters Ernst Wagner in Neuenkirchen, Landesteil Lübeck, betreffend seinen Hausbau.
Ausschuß 1.
13. Eingabe des Schulvorstandes Langförden, betreffend Gewährung einer Beihilfe zu dem Rest der Baukosten der Schule in Langförden.
Ausschuß 3.
14. Eingabe des Verbandes der Oldenburgischen Landgemeinden, betreffend Zuschüsse zu Schulneubauten.
Ausschuß 3.
15. Eingabe des Emil Rentschler, Strafanstalt in Rendsburg, betreffend seine Verurteilung.
Ausschuß 1.
16. Eingabe des Hermann Schütter in Köln-Riehl, betreffend Erlassung seiner Strafe.
Ausschuß 1.
17. Eingabe des Stadtmagistrats Barel, betreffend Wohlfahrtsempfänger.
Ausschuß 3.
18. Eingabe des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. Gau Niedersachsen, betreffend Beschwerde gegen den weiteren Abbau der Mieterschutz-gesetze.
Ausschuß 1.
19. Eingabe der Siedler in Nethenerfeld, betreffend Prüfung der Lage der dortigen Siedler.
Ausschuß 1.
20. Eingabe des D. Bojungs, Strafgefangener in Bockta, betreffend seine Behandlung in der Strafanstalt.
Ausschuß 1.
21. Eingabe des Stadtmagistrats Barel, betreffend Uebernahme der Oberrealschule auf den Staat.
Ausschuß 3.
22. Eingabe der Deutschnationalen Volkspartei, Kreisverein Wilhelmshaven-Rüstingen, betreffend Erhöhung der Hauszinssteuer.
Ausschuß 3.
23. Eingabe des Landesverbandes der Fachturnlehrer Oldenburgs, betreffend Gleichstellung mit den Zeichen- und Musiklehrern und Schaffung von Oberturnlehrerstellen.
Ausschuß 1.
24. Eingabe des Tanzlehrers Th. Osterwind, Oldenburg, betreffend Erlaß bzw. Ermäßigung der Hauszinssteuer.
Ausschuß 1.
25. Eingabe des Frauenverbandes des Freistaats Oldenburg, betreffend unwiderrufliche Anstellung der Landesfürsorgerin Elisabeth D o e l e f e l d, hierselbst.
Ausschuß 1.
26. Eingabe des Stadtmagistrats Barel, betreffend Verzinsung der Ausbaugelder des Barelhafens.
Ausschuß 3.

27. Eingabe des Deutschen Beamtenbundes, Kreis-
kartell für den Landesteil Lübeck, betreffend
Notstandsbeihilfen für die Oldenburgischen
Landesbeamten.
Ausschuß 3.
28. Eingabe des Joh. Friedr. Kramer zu Ever-
sten, betreffend Beseitigung der Nebenver-
dienste der pensionierten und abgebauten Be-
amten des Freistaats Oldenburg.
Ausschuß 1.
29. Eingabe des Hausbesitzervereins Heppens, be-
treffend Erhöhung der Hauszinssteuer.
Ausschuß 3.
30. Eingabe der Arbeitsgemeinschaft des olden-
burgischen Mittelstandes, betreffend Erhöhung
der Steuer vom bebauten Grundbesitz.
Ausschuß 3.
31. Eingabe der Oldenburgischen Landwirtschafts-
kammer, betreffend Aenderung des Gesetzes
über die Steuer vom bebauten Grundbesitz.
Ausschuß 3.
32. Eingabe des Amtsvorstandes Wechta, betreffend
Errichtung einer höheren landwirtschaftlichen
Schule in Wechta.
Ausschuß 3.
33. Eingabe der Siedler des Elisabethgrodens, be-
treffend Bewilligung eines Ergänzungszuschuf-
ses für den Siedelneubau daselbst in Höhe von
5000 *RM* für 1930.
Ausschuß 3.
34. Eingabe des Landesverbandes der Haus- und
Grundbesitzervereine im Landesteil Lübeck e.
B., des Landbundes für den Landesteil Lü-
beck und des Kreishandwerkerbundes für den
Landesteil Lübeck e. B., betreffend Haushalts-
plan des Landesteils Lübeck, betreffend Woh-
nungswesen.
Ausschuß 3.
35. Eingaben desselben, betreffend Baudarlehen.
Ausschuß 3.
36. Eingabe des Oldenburgischen Philologenver-
eins, betreffend Einrichtung einer 2. Ober-
studienratsstelle am Realgymnasium in Wechta.
Ausschuß 1.
37. Eingabe des Oldenburger Arbeitgeberbundes
für das Baugewerbe e. B., betreffend Erhö-
hung der Hauszinssteuer.
Ausschuß 3.
38. Eingabe des Renke Hillen in Dangast,
betreffend Bedeckung des Ellenferdammer
Grodens.
Ausschuß 3.
39. Eingabe des Auktionators August Reudink
in Cloppenburg, betreffend Vorkaufsrecht des
Siedlungsamtes.
Ausschuß 3.
40. Eingabe des Karl Rühmann in Wilhelms-
haven, betreffend Wiederaufbau seines abge-
brannten Hauses in Hooftiel.
Ausschuß 1.
41. Eingabe der Oldenburgischen Handelskammer
für die Landesteile Oldenburg und Lübeck,
betreffend Aenderung der Steuer vom bebau-
ten Grundbesitz.
Ausschuß 3.
42. Eingabe des Blinden-Vereins des Landesteils
Oldenburgs e. B., betreffend Erhöhung eines
Staatszuschusses.
Ausschuß 3.
43. Eingabe des Stadtmagistrats Rüstingen, be-
treffend Verbesserung — Umpflasterung und
Verbreiterung der Bismardstr. daselbst.
Ausschuß 3.
44. Eingabe des Vorsitzenden des Stadtrats der
Stadtgemeinde Brate zum Finanzausgleichs-
gesetz.
Ausschuß 2.
45. Eingabe des Peter Jaenike in Wilhelms-
haven, betreffend Entgegnung auf die Be-
schwerden der Insassen der Strafanstalt in
Wechta.
Ausschuß 1.
46. Eingabe der Handwerkskammer Oldenburg,
betreffend Aenderung der Steuer vom be-
bauten Grundbesitz.
Ausschuß 3.

Ein selbständiger Antrag des Abg. Lahmann,
betreffend Bereitstellung von Mitteln für Not-
standsarbeiten wird dem Ausschuß 3 überwiesen:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschlie-
ßen, die Regierung zu ersuchen,

beschleunigt Mittel für Notstandsarbeiten
bereit zu stellen, an denen vorwie-
gend Ausgesteuerte beschäftigt
werden können, um so die in letzter
Zeit kaum noch tragbaren Lasten der
Städte und Gemeinden zu vermindern.

Ein selbständiger Antrag des Abg. Röver, betreffend Verkauf der kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke wird dem Ausschuß 2 überwiesen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung ist anzuweisen, die Bürgermeister der Städte Brake und Oldenburg darauf aufmerksam zu machen, daß der Verkauf der kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke in der getätigten oder beabsichtigten Form rechtsungültig ist.

Der Präsident verliest eine förmliche Anfrage des Abg. Hagstedt, die auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wird.

Am Mittwoch, dem 5. März 1930 ist in dem Orte Ganderlessee eine von den republikanischen Parteien einberufene öffentliche Versammlung von einer größeren Anzahl von Anhängern und Mitgliedern der Hitlerpartei gesprengt worden. Dabei wurden eine Anzahl der Versammlungsteilnehmer von den Anhängern der Hitlerpartei mißhandelt und verletzt und die Wirtschaftseinrichtung sowie Fenster und Türen demoliert.

Ist das Staatsministerium in der Lage und bereit, über die Entstehung und den Hergang dieser Vorkommnisse Auskunft zu geben und insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. Konnte der Ueberfall auf die Versammlung nicht durch anderweitige Maßnahmen der Polizei verhindert werden?
2. Wie weit geht bei solchen Vorkommnissen die Kompetenz der Schutzpolizei bzw. deren Führer?
3. Hat der Führer der Polizeitruppe die sistierten Anhänger der Hitlerpartei daraufhin untersuchen lassen, ob sie Waffen u. a. Gummiknüppel und dergleichen bei sich führten?
4. Ist bekannt, ob und in welcher Hinsicht Anklage gegen die Angreifer erhoben worden ist?
5. Werden solche Vorkommnisse für die Zukunft durch entsprechende polizeiliche Maßnahmen unterbunden werden?
6. Besteht für die Verletzten und Geschädigten die Möglichkeit, außer gegen etwa erkannte Angreifer einen Anspruch auf Ersatz des erlittenen Schadens gegen Dritte (Reich, Staat oder Gemeinde) geltend zu machen?

Eine kurze Anfrage des Abg. Dr. gr. Beilage, sowie die darauf erteilte schriftliche Antwort der Staatsregierung wird vom Präsidenten verlesen.

Nach Zeitungsmeldungen hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich erklärt, daß er alle Macht daran setzen wolle, um den Roggenschuldnern zu helfen.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Ist inzwischen irgend etwas geschehen?
2. Wird in nächster Zukunft etwas geschehen, um dem am schwersten leidenden Teil der Landwirtschaft, den Roggenschuldnern, wirksam zu helfen?

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des Landesverbandes der Oldenburgischen Haus- und Grundbesitzervereine e. V., betr. Einspruch gegen das vom Reich zu schaffende Wohnheimstättengesetz.

Der Ausschuh Antrag wird angenommen.

2. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des Hafnarbeiters Hinrich Pingel, 33 Jt. in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen.

Der Ausschuh Antrag wird angenommen.

3. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Berhard Exeler in Rheine i. W., betr. Rück erstattung von 24.— RM Steuern.

Der Ausschuh Antrag wird angenommen.

4. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Zimmermeisters Emil Köt in Eutin, betr. Gewährung einer Beihilfe von 5000.— RM.

Der Abg. Eichler stellt folgenden Verbesserungsantrag:

„Der Landtag wolle die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung überweisen.“

Der Ausschuh Antrag wird angenommen.

Der Verbesserungsantrag des Abg. Eichler wird abgelehnt.

5. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Karussellsbesitzers Paul Wilks in Burchave i. D.

Der Ausschuh Antrag wird angenommen.

6. Bericht des Ausschusses 1 zu den Eingaben aus der Strafanstalt Behta.

Der Antrag 1 wird angenommen. Die Ziffer a des Antrages 3 ist damit erledigt. Zum Antrag 2 beantragt der Abg. Krause für den 3. Absatz besondere Abstimmung.

Die Absätze 1, 2 und 4 des Antrages 2 werden abgelehnt. Der Absatz 3 wird ebenfalls abgelehnt. Der Antrag 3 Ziffer b wird abgelehnt.

7. Bericht des Ausschusses 2 über die Eingabe des Bauern-, Pächter- und Siedlerverbandes Barel.

Die Ausschuh Anträge 1 und 2 werden angenommen.

9. Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des Rechnungsstellers und Steuerberaters August Buschmann in Südbäke bei Rastede, betr. durchgreifende Maßnahmen bei Zwangsvollstreckungen aus Steuerrückständen.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

9. Bericht des Ausschusses 2 über die Eingabe des Landwirts Heinrich Husmann, Bredeshorn, zwecks Aenderung des Wassergesetzes.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

10. Bericht des Ausschusses 1, betr. Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten des Landesteils Oldenburg im Forstrechnungsjahr 1928/29. (Anlage 14.)

Der Antrag 1 wird angenommen., der Antrag 2 wird abgelehnt.

11. Bericht des Ausschusses 1 zu Anlage 16, betr. eine Uebersicht über die Holznutzung und ihre Roh- und Reinerträge in den Staatsforsten des Landesteils Birkenfeld im Wirtschaftsjahr 1928/29.

Der Antrag 1 wird angenommen., der Antrag 2 wird abgelehnt.

12. Bericht des Ausschusses 1 über die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Landesteils Birkenfeld für das Rechnungsjahr 1. April 1930/31. (Anlage 18.)

Der Ausschufantrag wird angenommen.

13. Bericht des Ausschusses 1 über die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Landesteils Oldenburg für das Rechnungsjahr 1. April 1930/31. (Anlage 19.)

Der Ausschufantrag wird angenommen.

14. Bericht des Ausschusses 1 über die Anlage 4, betr. Geschäftsberichte der Landesparkasse und der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg für das Jahr 1928.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

15. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg betr. die Aenderung des Gesetzes für den Freistaat Oldenburg vom 21. Mai 1921, betr. die zeitweilige Aufhebung der einseitigen Rechte auf Ablösung von Naturalberechtigungen und Naturaldiensten, in der Fassung des Gesetzes vom 6. Juli 1929. (Anlage 23, 1. Lesung.)

Die Ausschufanträge 1 und 2 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum Montag, 16 Uhr zu stellen.

16. Wahl von Mitgliedern der Rentenfeststellungskommission und deren Stellvertreter. (Anlage 22.)

In die Rentenfeststellungskommission werden wiedergewählt: die Mitglieder

Zeller Gerhard Götting in Bethen,
Bahnhofsvorsteher Heinrich Kaper in
Schwei.

die Stellvertreter:

Landwirt Heinrich Ripken, Oberlethe,
Landwirt Diedrich Ulfen, Westerstede.

17. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg zur Aenderung des Gesetzes vom 12. Juli 1924 zur Ausführung des Finanzausgleichsgesetzes. (Anlage 21, 1. Lesung.)

Der Präsident schließt die Sitzung 13²⁰ Uhr und setzt die nächste Sitzung auf Dienstag, vormittags 9 Uhr an.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtages des Freistaats Oldenburg am 18. März 1930, vormittags 9 Uhr.

Zimmermann.

Broschko.

Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 18. März 1930, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Der Präsident eröffnet um 9¹⁰ Uhr die Sitzung.

Das vom Schriftführer Wichmann verlesene Protokoll der vorigen Sitzung wird vom Landtage genehmigt.

Abg. Broschko verliest das Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen und Eingaben.

A. Vorlagen.

1. Gesetzentwurf für den Landesteil Lübed, betreffend die Aenderung des Landwirtschaftskammergesetzes vom 22. Juni 1922.
Ausschuß 2.
2. Haushalt des Landesteils Lübed für das Rechnungsjahr 1930.
Ausschuß 3.
3. Schreiben, betreffend Wiederaufbau des Marstallgebäudes und Einrichtung des Arbeitsamts.
Ausschuß 3.
4. Schreiben, betreffend Neuwahl eines Mitgliedes des Oberversicherungsgerichts und dessen beiden Stellvertreter.
Plenum.

5. Gesetzentwurf für den Landesteil Lübed, betreffend die Erhebung einer Steuer vom bebauten Grundbesitz.

Ausschuß 3.

B. Eingaben.

1. Eingabe des Bernhard Funk in Elisabethfehn, betreffend seine Prozesse vor dem Amte Friesoythe.
Ausschuß 1.
2. Eingabe des Verbandes Rüstringen, Grundbesitzervereine für Handel, Gewerbe und Industrie e. B. Wilhelmshaven-Rüstringen und des Kreis- und Amtshandwerkerbundes das., betreffend Hauszinssteuer.
Ausschuß 3.
3. Eingabe des Kolonisten Georg Braje in Moorburg, betreffend Bewilligung eines staatlichen Wirtschaftsdarlehns in Höhe von 1500 R.M.
Ausschuß 1.
4. Eingabe der Eichmeister des Freistaats Oldenburg, betreffend Gleichstellung mit den Eichmeistern in Preußen.
Ausschuß 1.



5. Eingabe des Landwirts Hinrich Torhorst in Sürwürderworp, betreffend Härteausgleich für durch Maßnahmen der Domänenverwaltung als Domänenpächter erlittenen Schaden.
Auschuß 1.

6. Eingabe des Landesverbandes der Oldenburgischen Einzelhändler e. V., betreffend Erhöhung der Steuer vom bebauten Grundbesitz.
Auschuß 3.

Der Landtag ist mit der Ueberweisung an die betreffenden Ausschüsse einverstanden.

Der Präsident verliest eine förmliche Anfrage des Abg. Dannemann. Die Beratung soll erfolgen, wenn das Staatsministerium in der Lage ist, die in der Anfrage enthaltenen Punkte zu beantworten.

Die Anfrage lautet:

Ich richte an die Staatsregierung folgende Anfrage:

1. Wie hoch beläuft sich der Betrag, der nach den geltenden Bestimmungen des Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz als Gemeindeanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf die Städte Oldenburg, Nordenham, Rüstringen und Delmenhorst entfällt und zwar getrennt nach den Jahren 1927, 1928, 1929?
2. Wie hoch sind die Beträge in den Landgemeinden und zwar zusammengefaßt im Durchschnitt in den einzelnen Amtsbezirken mit Ausnahme der Städte?
3. Wieviel entfällt auf den Kopf der Bevölkerung
 - a) in den unter 1 genannten Städten;
 - b) in den Landgemeinden?
4. Ist es richtig, daß bei der jetzigen Beordnung bei den leistungsstarken Gemeinden der Gemeindeanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer in demselben Verhältnis steigt, wie das Einkommen in den leistungsschwachen Gemeinden sinkt, also bei letzteren der Gemeindeanteil abnimmt?
5. Wie hoch belaufen sich die Beträge, die die unter 1 genannten Städte in den Jahren 1927, 1928 und 1929 mehr erhalten haben, weil Oldenburg als leistungsschwaches Land auf Grund des § 35 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes besondere Anteile an den Reichsüberweisungssteuern erhalten hat?
6. Wie hoch belaufen sich die Beträge, die die unter 1 und 2 genannten Städte und Ge-

meinden an den Ausgleichsstock abgeführt haben, in den Jahren 1927, 1928 und 1929?

7. Um welche Beträge hätten die Beihilfen zu den Lehrerbefoldungen gesenkt werden können, wenn die Verteilung der auf Grund des § 35 den einzelnen Landesteilen zugeflossenen besonderen Ueberweisungssteuern nach denselben Grundsätzen zu $\frac{4}{7}$ als Gemeindeanteil über die Städte und Gemeinden verteilt worden wären und zwar in den Jahren 1927, 1928 und 1929?

8. Glaubt die Staatsregierung, daß es noch länger zu verantworten ist, daß die Reichsüberweisungssteuern, die den einzelnen Ländern nur deswegen gegeben werden konnten, weil in diesen Ländern das Einkommen unter dem vom Reich festgesetzten Durchschnitt liegt, die Weiterverteilung über die Gemeinden aber in der Weise erfolgt, daß, je mehr das Einkommen einer Gemeinde steigt, diese besondere Zuwendung an die Gemeinde auch steigt, und daß, je mehr das Einkommen einer Gemeinde sinkt, diese besondere Zuwendung auch sinkt?

Ein dringlicher selbständiger Antrag des Abg. Abdicks soll zusammen mit dem Antrag des Abg. Röver, Punkt 25 der Tagesordnung, verhandelt werden.

Der dringliche Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung ist anzuweisen, die Bürgermeister der Städte Brake und Oldenburg darauf aufmerksam zu machen, daß der Verkauf der kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke in der getätigten oder beabsichtigten Form rechtsungültig ist.

Eine kurze Anfrage des Abg. Müller soll zusammen mit der förmlichen Anfrage des Abg. Hagstedt, Punkt 24 der Tagesordnung, verhandelt werden.

Die kurze Anfrage lautet:

Eine öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen und demokratischen Partei, des Reichsbanners und Arbeitersportkartells in Gandertsee wurde von einem großen Aufgebot planmäßig zusammengezogener Nationalsozialisten aus Bremen-Oldenburg und Umgegend gewaltsam gesprengt. Ich frage:

1. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um das banditenmäßige Auftreten der Nationalsozialisten zu verhindern?
2. Was ist geschehen, um die Schuldigen an diesem Ueberfall in Gandertsee zur Rechenschaft zu ziehen?

3. Ist die Regierung bereit, das durch nichts begründete Verbot des Roten-Frontkämpfer-Bundes für Oldenburg aufzuheben, um der Arbeiterschaft einen Schutz gegen faschistische Ueberfälle und Terrorakte zu gewähren?

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

17. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg zur Aenderung des Gesetzes vom 12. Juli 1924 zur Ausführung des Finanzausgleichsgesetzes. 2. Lesung. (Anlage 21.)

Der Antrag 2 wird angenommen. Der Antrag 1 ist damit erledigt.

Der Präsident unterbricht die Sitzung um 13 Uhr und kündigt die Fortsetzung auf 16 Uhr an.

Der Präsident eröffnet um 16⁰⁵ die Sitzung.

Die Anträge 3, 4, 5 und 6 werden angenommen.

Der Antrag 7 wird angenommen.

Der Antrag 8 wird abgelehnt.

Der Antrag 9 wird angenommen.

Der Antrag 10 wird angenommen.

Der Antrag 11 wird abgelehnt.

Der Antrag 12 wird angenommen.

Der Antrag 13 wird angenommen.

Der Antrag 14 wird abgelehnt.

Der Antrag 15 wird angenommen.

Der Antrag 16 wird abgelehnt.

Der Antrag 17 wird angenommen.

Zum Antrag 18 ist folgender Verbesserungsantrag vom Abg. Dr. Schulte gestellt:

Die Regierung wird ersucht, zur 2. Lesung für die sonstigen Steuern und Umlagen der Gemeinden vom Grundvermögen außer denjenigen nach § 5 des Gesetzes, insbesondere für die Wegesteuer nach § 13 des Gesetzes, eine Höchstgrenze vorzuschlagen.

Der Verbesserungsantrag des Abg. Dr. Schulte wird abgelehnt.

Der Antrag 19 wird angenommen. Damit ist der Antrag 18 erledigt.

Der Antrag 21 wird angenommen. Damit ist der Antrag 20 erledigt.

Der Antrag 23 wird angenommen. Damit ist der Antrag 22 erledigt.

Der Antrag 25 wird angenommen. Damit ist der Antrag 24 erledigt.

Der Antrag 28 wird angenommen. Damit ist der Antrag 26 erledigt.

Der Antrag 29 wird angenommen. Damit ist der Antrag 27 erledigt.

Der Antrag 32 wird zurückgezogen. Damit ist der Antrag 33 erledigt.

Der Antrag 31 wird angenommen. Damit ist der Antrag 30 erledigt.

Der Antrag 35 wird angenommen. Damit ist der Antrag 34 erledigt.

Der Antrag 36 wird angenommen.

Der Abg. Frerichs stellt folgenden Antrag 36 a.

„Annahme des Artikels 1 des Gesetzesentwurfs.“

Der Antrag 36 a wird angenommen.

Der Antrag 37 wird abgelehnt.

Der Antrag 38 wird angenommen.

Der Antrag 39 wird abgelehnt.

Zum Antrag 40 ist folgender Verbesserungsantrag des Abg. Brendebach gestellt:

Im Antrag 40 werden in Zeile 3 hinter die Worte „aus der“ eingefügt die Worte „möglichst für eine größere Anzahl Deutscher Länder z. B.“ und es werden in Zeile 3 die Worte „für die Länder“ gestrichen.

In Zeile 4 ist hinter „Medlenburg“ zu setzen „Hessen, Braunschweig“.

Dem Absätze a) ist in Klammern anzufügen (einschließlich der wesentlichen Befreiungsvorschriften und Sonderbestimmungen der Hauszinssteuergesetze).

Der Verbesserungsantrag des Abg. Brendebach zum Antrag 40 wird angenommen.

Die Anträge zur 2. Lesung sind bis zum Montag, 16 Uhr, zu stellen.

18. Förmliche Anfrage des Abg. Meyer (Holte).

Die förmliche Anfrage des Abg. Meyer (Holte) wird vom Staatsministerium wie folgt beantwortet. (Siehe Stenogramm.)

19. Besprechung der förmlichen Anfrage des Abg. Brendebach.

Der Abg. Schmidt beantragt, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen und dem Ausschuß 3 zu überweisen. Der Landtag ist einverstanden.

20. Bericht des Ausschusses 2 über den selbständigen Antrag der Abg. Wempe, Brendebach, Sante, Meyer (Holte), Eßholt, Göhrs, Dr. Schulte, Themann, Rohr, betreffend Wegfall der Rentenbankzinsen zum 1. April 1930.

Der Antrag wird angenommen.

21. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg über die Erhebung eines Zuschlages zur staatlichen Gewerbesteuer. 1. Lesung. (Anlage 17.)

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag, 10 Uhr einzureichen.

22. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Rindviehzuchtgesetzes für den Landesteil Birkenfeld. 1. Lesung. (Anlage 2.)

Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 und 13 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag, 10 Uhr, einzureichen.

23. Bericht des Ausschusses 2 zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr.

Förderung der Ziegenzucht. 1. Lesung. (Anlage 10.)

Der Antrag des Ausschusses ist angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag, 10 Uhr einzureichen.

24. Förmliche Anfrage des Abg. Hagstedt.

Die förmliche Anfrage des Abg. Hagstedt wird vom Staatsministerium wie folgt beantwortet: (Siehe Stenogramm.)

Die kurze Anfrage des Abg. Müller wird ebenfalls vom Staatsministerium beantwortet.

Die Tagesordnungspunkte 25 und 26 werden mit Zustimmung des Landtages von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Präsident schließt um 19⁴⁵ Uhr die Sitzung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 5. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg am 1. April 1930, vormittags 9,10 Uhr.

Zimmermann.

Broschko.

Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 1. April 1930, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Der Präsident eröffnet um 9¹⁰ Uhr die Sitzung.

Das vom Schriftführer Broschko verlesene Protokoll der vorigen Sitzung wird vom Landtage genehmigt.

Abg. Rohr verliest das Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen und Eingaben.

A. Vorlagen.

1. Schreiben betr. Uebersichten über den Bedarf an Stellen für planmäßige und nicht-planmäßige Beamten. (Anlage 34.)
Ausschuß 1.
2. Gesetzentwürfe für die Landesteile Oldenburg, Lübed und Birkenfeld, betr. Aenderung des Schulgesetzes. (Anlage 35.)
Ausschuß 2.
3. Schreiben, betr. Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalientasse des Landesteils Lübed für das Rechnungsjahr 1. April 1930/31. (Anlage 36.)
Ausschuß 1.
4. Haushalt des Landesteils Birkenfeld für das Rechnungsjahr 1930. (Anlage 37.)
Ausschuß 3.

5. Gesetzentwurf für den Landesteil Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes vom 6. Januar 1900, betr. die Ortsstraßen (Ortsstraßengesetz). (Anlage 38.)

Ausschuß 2.

B. Eingaben.

1. Eingabe des Verbandes der Polizeibeamten der Ordnungspolizei Oldenburg e. V., betr. Uebergangsbeihilfe.
Ausschuß 1.
2. Eingabe des Landesverbandes der Fachturnlehrer Oldenburgs, betr. Pflichtstundenzahl der Turnlehrer.
Ausschuß 1.
3. Eingabe des Oldenburger Landesrennvereins, betr. Bewilligung eines Zuschusses aus dem vom Reich überwiesenen Aufkommen der Rennwettsteuer.
Ausschuß 3.
4. Eingabe des Verbandes der Renn- und Reitervereine im Staate Oldenburg, betr. Ueberweisung weiterer Mittel aus den vom Reich überwiesenen Mitteln der Rennwettsteuer.
Ausschuß 3.



5. Eingabe des Rechnungstellers Aug. Buschmann, betr. Aufwertung der Brandfassenentschädigungssumme.
Auschuß 1.
6. Eingabe des Strafgefangenen Konrad Meyer in Behta, betr. Heizung der Straf-
anstalt das.
Auschuß 1.
7. Eingabe des Gemeindevorstandes Malente-
Gremsmühlen, betr. das Finanzausgleichs-
gesetz.
Auschuß 2.
8. Eingabe des Fachauschusses für Gartenbau
bei der Oldenburgischen Landwirtschafts-
kammer, betr. Errichtung einer Landes-Gar-
tenbauerschule.
Auschuß 3.
9. Eingabe der evangelischen Einwohner in
Sedelsberg, betr. Einrichtung einer Schule
oder selbständigen Klasse für die evangel.
Kinder das.
Auschuß 3.
10. Eingabe des Gutsbesizers D. Windberg
in Schwaneburg, betr. Erlaß von Gebühren
und Auslagen des Oberverwaltungsgerichts.
Auschuß 1.
11. Eingabe des Landrathbinats Oldenburg, betr.
Bewilligung von 18 000 *R.M.* zur Behebung
der augenblicklichen Notlage der Jüdischen
Landesgemeinde im Landesteil Oldenburg.
Auschuß 3.
12. Eingabe der Luftverkehrs-Gesellschaft Wil-
helmshaven-Rüstringen m. b. H., betr. Ueber-
nahme eines Anteils des Gesellschafts-Kapi-
tals und Einstellung eines Betrages von
10 000 *R.M.* in den Voranschlag zur Deckung
des durch die notwendige Betriebsvergröße-
rung entstehenden Zuschuß-Mehrbedarfes.
Auschuß 3.
13. Eingabe des Vaterländischen Frauenvereins
vom Roten Kreuz, Zweigverein Oldenburg,
betr. Bewilligung einer monatlichen Beihilfe
von 50 *R.M.* für das Schülerinnenheim in
Oldenburg.
Auschuß 3.
14. Eingabe des Gemeindevorstandes Cleverns,
betr. Einspruch gegen die zwangsweise durch-
geführte Amtsverbandsstraße von Cleverns
nach Sandels-Möns.
Auschuß 2.
15. Eingabe des Internationalen Vereins reisen-
der Schausteller und Berufsgenossen Hamburg
e. V., betr. Erhöhung der Steuerhöchstätze
für das ambulante Gewerbe.
Auschuß 2.
16. Eingabe des Vereins der Justizamtmänner
des Freistaats Oldenburg, betr. Stellen-
übersicht für 1930.
Auschuß 1.
17. Eingabe des Bürgervereins der Stadt Barel,
betr. Verteilung der Zuschüsse aus dem Aus-
gleichsstod.
Auschuß 2.
18. Eingabe des Stadtmagistrats Friesonthe,
betr. Uebernahme der höheren Bürgerschulen
daselbst, auf den Oldenburgischen Staat und
Ausbau derselben zu einem Real-Pro-
gymnasiums.
Auschuß 3.
19. Eingabe des Polizeiwachtmeysters a. D.
Adams in Rüstringen, betr. Aufhebung der
vom Kommando der Ordnungspolizei Olden-
burg ausgeschriebenen fristlosen Entlassung.
Auschuß 1.
20. Eingabe des Bauern-, Pächter- und Siedler-
verbandes, betr. Aenderung des Landwirti-
schaftskammergesetzes.
Auschuß 2.

Der Landtag ist mit der Ueberweisung an die
betr. Ausschüsse einverstanden.

Der Präsident gibt dem Landtage bekannt, daß
der selbständige Antrag des Abg. Addicks:

Der Landtag wolle beschließen, die Re-
gierung zu ersuchen, umgehend Schritte
gegen die Vereinheitlichung der elektrischen
Stromversorgung des Oldenburger Landes
zu unternehmen.

zurückgezogen sei.

Ferner seien eingegangen ein selbständiger An-
trag des Abg. Krause:

Ich beantrage:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regie-
rung zu ersuchen, die Verfügung des Mi-
nisteriums vom 7. April 1922, wonach
Schulversäumnisse am 1. Mai gemäß
den allgemeinen Vorschriften zu bestrafen
sind, insoweit abzuändern, daß in Zukunft
vorher gestellten Anträgen auf Befreiung
vom Schulbesuch zu entsprechen ist.“

Ein selbständiger Antrag des Abg. W e m p e:
Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, gegen die geplante Kürzung der Ergänzungsanteile aus § 35 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes schärfsten Einspruch zu erheben, ferner dahin zu wirken, daß die Neuregelung der sonstigen Ueberweisungen auch dem Lande Oldenburg die Beseitigung seines Fehlbetrages ermöglichen, was bekanntlich als Zweck der geplanten Reformen bezeichnet worden ist.

Ein selbständiger Antrag des Abg. T h e m a n n:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen:

Das Gesetz vom 13. März 1912 zur Ausführung des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 wird wie folgt geändert:

Einziger Artikel.

Dem § 2 Absatz 2 des oldenburgischen Ausführungsgesetzes zum Reichsviehseuchengesetz wird folgender Zusatz nachgefügt:

„In allen anderen Fällen sind die Entschädigungen mit Einschluß der Kosten der Schätzung den Amtsverbänden zur Hälfte aus der Staatskasse zu erstatten.“

Ein selbständiger Antrag des Abg. Dr. gr. B e i l a g e:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahingehend vorstellig zu werden, daß sie unverzüglich dem Reichstage ein Gesetz vorlegt, wonach der § 12 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900 im vollen Umfange wieder hergestellt wird.

Außerdem sei eine förmliche Anfrage des Abg. L a n g e m e y e r eingegangen,

Auf Anordnung der Amtskasse in Cloppenburg wurde der Landwirt C r o n e aus Grönheim, der zu 80% kriegsbeschädigt ist, wegen Verweigerung des Offenbarungseides in Haft genommen. Hierdurch wurde eine große Empörung in der Bevölkerung hervorgerufen. Obwohl C r o n e eine Landstelle besitzt, erklärte ihn der Vollstreckungsbeamte für unpfändbar, und C r o n e sollte den Offenbarungseid leisten, was er verweigerte.

Billigt die Staatsregierung dieses Verhalten der Behörden und was gedenkt sie

zu tun, um derartige Vorfälle in Zukunft zu tun, um derartige Vorfälle in Zukunft zu unterbinden?

die auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wurde.

Der selbständige Antrag des Abg. K ö v e r:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung wird beauftragt:

Zur Unterstützung der sich in außerordentlicher Notlage befindlichen hilfsbedürftigen Personen, wie z. B. die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, Sozial- und Kleinrentner und Erwerbslosen, einen öffentlichen und eindringlichen Aufruf zur Sammlung großer Mittel für eine Landespende Oldenburg zu erlassen.

Der Aufruf soll sich richten an die Kirchen, an sämtliche Unternehmungen in Handel Industrie und Gewerbe, an die Banken und Sparkassen, an die öffentlichen und privaten Versicherungsanstalten, an die Vereine und Verbände aller Art, an die Presse, an die Schulen des Landes und schließlich an die gesamte Einwohnerschaft Oldenburgs.

wird ebenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Punkt 12 der Tagesordnung wird abgesetzt.

Das Wort erhält alsdann der Herr Ministerpräsident:

Herr Ministerpräsident bedankt sich für die Aufmerksamkeit und die Glückwünsche, die ihm der Landtag und die Fraktionen anlässlich seines 70. Geburtstag entgegengebracht hätten.

Alsdann gibt der Präsident dem Abg. M e y e r (Holte) zur Begründung der Dringlichkeit seines Antrages das Wort.

Der Dringlichkeit des Antrages M e y e r (Holte) wird zugestimmt.

Nach einer längeren Debatte, stellt Abg. H a r t o n g den Antrag auf Schluß der Debatte. Der Antrag des Abg. H a r t o n g wird abgelehnt.

Der Antrag des Abg. M e y e r (Holte) wird angenommen.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. die Aenderung des Gesetzes für den Freistaat Oldenburg vom 21. Mai 1921, betr. die zeitweilige Aufhebung der einseitigen Rechte auf Ablösung von Naturalberechtigungen und Naturaldiensten, in der Fassung des Gesetzes vom 6. Juli 1929.
2. Lesung. (Anlage 23.)



Der Ausschüßantrag wird angenommen.

2. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Rindviehzuchtgesetzes für den Landesteil Birkenfeld. 2. Lesung. (Anlage 2.)

Die Ausschüßanträge 1 und 2 werden angenommen.

3. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betreffend Förderung der Ziegenzucht. 2. Lesung. (Anlage 10.)

Der Ausschüßantrag wird angenommen.

4. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg über die Erhebung eines Zuschlages zur staatlichen Gewerbesteuer. 2. Lesung. (Anlage 17.)

Der Antrag 3 wird angenommen, dadurch ist der Antrag 2 erledigt.

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

5. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg zur Aenderung des Gesetzes vom 12. Juli 1924 zur Ausführung des Finanzausgleichsgesetzes. 2. Lesung. (Anlage 21.)

Der Antrag 2 wird angenommen, dadurch ist der Antrag 1 erledigt.

Antrag 4 wird angenommen, dadurch ist der Antrag 3 erledigt.

Der Antrag 6 wird angenommen. Die Anträge 5 und 7 sind damit erledigt.

Der Antrag 8 wird angenommen.

Der Antrag 10 wird angenommen, damit ist der Antrag 9 erledigt.

Der Antrag 12 wird angenommen, dadurch ist der Antrag 11 erledigt.

Der Antrag 14 wird angenommen, dadurch ist der Antrag 13 erledigt.

Die Ausschüßanträge 15 und 16 werden angenommen.

Der Antrag 18 wird angenommen, dadurch ist der Antrag 17 erledigt.

Der Eventualantrag des Abg. Albers:

Im Falle der Ablehnung des Antrages 17 des Berichts 1. Lesung stelle ich Antrag 18a:

Die Staatsregierung wird ersucht bei der Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes für 1931 dahin zu wirken, daß dieses Gesetz für die gemäß § 20b des jetzigen Gesetzes als notleidend zu behandelnden Gemeinden so gestaltet wird, daß die jetzigen Ausnahmebestimmungen möglichst abgebaut werden und dabei insbesondere die über-

mäßige Sonderbesteuerung in diesen Gemeinden gemildert wird.

wird abgelehnt.

Der Antrag 20 wird angenommen, damit ist der Antrag 19 erledigt.

Der Antrag 22 wird angenommen, damit ist der Antrag 21 abgelehnt.

Antrag 24 wird angenommen, der Antrag 23 ist somit erledigt.

Antrag 26 wird angenommen, der Antrag 25 ist somit erledigt.

Der Antrag 27 wird abgelehnt.

Der Antrag 29 wird abgelehnt.

Antrag 28 wird angenommen.

Antrag 31 wird angenommen, dadurch ist der Antrag 30 erledigt.

Der Antrag 32:

Annahme des Gesetzentwurfs

wird mit 24 Stimmen angenommen, dadurch ist der Antrag 33 erledigt.

Der Ausschüßantrag 34 wird angenommen.

6. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg und die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld vom 22. Februar 1898, betr. Besteuerung des Wander-gewerbes. 1. Lesung. (Anlage 8.)

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Der Antrag 4 wird abgelehnt

Der Antrag 5 wird abgelehnt.

Antrag 3 wird angenommen.

Die Anträge 6, 7 und 8 werden abgelehnt.

Der Antrag 10 wird abgelehnt.

Der Antrag 9 wurde angenommen.

Der Antrag 12 wird abgelehnt.

Der Antrag 11 wird angenommen.

Der Antrag 14 wird abgelehnt.

Antrag 13 wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis morgen vor-mittag 10 Uhr einzureichen.

6a. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg über die Verlängerung der Geltungsdauer der Gewerbe-steuergesetze für das Rechnungsjahr 1930 und über die Aenderung dieser Gesetze. 2. Lesung. (Anlage 13.)

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis morgen vor-mittag 10 Uhr einzureichen.

7. Bericht des Ausschusses 2 über die Eingabe des Landbundes Oldenburg-Bremen, betr. Abän-derung des Gesetzes vom 14. April 1882, betr.

die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderung in Verwaltungssachen. 1. Lesung.

Es wird beantragt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Der Landtag ist hiermit einverstanden.

8. Bericht des Ausschusses 1 über die nach § 89 der oldenburgischen Verfassung vorzulegenden Bücher und Rechnungen der Zentralkasse, der Landeskasse sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Rechnungsjahr 1928. (Anlage 12.)

Der Ausschußantrag wird angenommen.

9. Wahl eines Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts und dessen beiden Stellvertretern. (Anlage 32.)

Der Abg. Hartong beantragt Wiederwahl. Der Antrag wird angenommen.

10. Bericht des Ausschusses 2 über den selbständigen Antrag des Abg. Röver.

Der Antrag 1 wird angenommen, dadurch ist der Antrag 2 erledigt.

11. Bericht des Ausschusses 2 zu einer Entschlie-
ßung des Landbundes, des Kreishandwerkerbundes
und des Landesverbandes der Haus- und Grund-
besitzervereine im Landesteil Lübeck und zu dem
selbständigen Antrag des Abg. Dohm.

Der Antrag 1 wird angenommen, dadurch ist
der Antrag 2 erledigt.

Der Antrag 3 wird angenommen.

13. Bericht des Ausschusses 1 zu dem Antrag des
Deutschen Bauwerksbundes Rüstingen-Wilhelms-
haven und zu der Eingabe des Karl Rühmann,
Wilhelmshaven, betr. Wunsch auf Beseitigung einer

Brandruine in der Gemeinde Patens und Wieder-
aufbau des Hauses.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

14. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des
Robert Coldewey, betr. Gnadengesuch.

Der Antrag 1 wird angenommen, dadurch ist der
Antrag 2 erledigt.

15. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe
des Gerd Dost, Sedelsberg, betr. Unterstützung
für die Ausbildung seines Sohnes.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

16. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe
des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. Nieder-
sachsen.

Der Antrag 1 wird angenommen, dadurch sind
die Anträge 2 und 3 erledigt.

17. Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe
des Arbeiters Ernst Wagner, Neufkirchen, Landes-
teil Lübeck.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

18. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe
des Hermann Schlüter in Köln-Riehl um Straf-
erlaß.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

19. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe
des Joh. Friedrich Kramer, Eversten, betr.
Nebenbeschäftigung der pensionierten Beamten.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Der Präsident weist darauf hin, daß die nächste
Sitzung voraussichtlich nächsten Mittwoch stattfinde.

Der Präsident schließt um 2³⁸ Uhr die Sitzung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 6. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des
V. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 9. April 1930, nachmittags 4 Uhr.

Zimmermann.

Rohr.

Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 9. April 1930, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Die Sitzung wurde um 16¹⁰ Uhr vom Präsidenten eröffnet.

Das vom Schriftführer Rohr verlesene Protokoll der vorigen Sitzung wird, da Einwendungen nicht erhoben werden, vom Landtage genehmigt.

Abg. Broschko verliest das Verzeichnis der Vorlagen und Eingaben. Der Landtag ist mit der Ueberweisung an die betr. Ausschüsse einverstanden.

A. Vorlagen.

1. Gesetzentwurf für den Landesteil Birkenfeld zur Aenderung des Enteignungsgesetzes vom 11. April 1899. (Anlage 39.)

Ausschuß 2.

2. Schreiben, betr. Landeskasse-Rechnungen für die Rechnungsjahre 1924 und 1925. (Anlage 40.)

Ausschuß 1.

3. Gesetzentwurf für den Landesteil Oldenburg zur Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg zur Ausführung der Zivilprozessordnung und des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 15. Mai 1899. (Anlage 41.)

Ausschuß 2.

4. Gesetzentwurf für den Landesteil Lübed, zur Aenderung des Gesetzes für das Fürstentum Lübed betr. desgleichen. (Anlage 42.)

Ausschuß 2.

5. Gesetzentwurf für den Landesteil Birkenfeld, zur Aenderung des Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. desgleichen. (Anlage 43.)

Ausschuß 2.

6. Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten zum Landtage. (Anlage 44.)

B. Eingaben.

1. Eingabe des Schiffer- und Kolonisten-Bereins in Elisabethsahn, betr. Prüfung der Kanonangelegenheiten das.

Ausschuß 3.

2. Eingabe des Bauschreibers Karl Sauern in Birkenfeld, betr. Bitte um feste Anstellung.

Ausschuß 1.

3. Eingabe des Landesverbandes der Oldenburgischen Haus- und Grundbesitzervereine e. B., betr. Erhebung einer Steuer zur För-



- derung des Wohnungsbaues im Rechnungsjahre 1930 und Hauszinssteuergesetz 1930.
Ausschuß 3.
4. Eingabe der Ziegel- und Torfwerke der Stadt Rüstingen, betr. Förderung des Wohnungsbaus auf dem Rüstersieler Groden.
Ausschuß 3.
5. Eingabe des W. Windberg in Schwaneburg, betr. Erlaß einer Geldstrafe nebst Kosten.
Ausschuß 1.
6. Eingabe des Vereinigten Mittelstandes in Delmenhorst, betr. Erhöhung der Hauszinssteuer.
Ausschuß 3.
7. Eingabe des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener e. V., Landesverband Nordwestdeutschland, betr. Ueberführung der im Oldenburgischen Staatsdien beschäftigten Beamtenscheininhaber in Beamtenstellen.
Ausschuß 1.
8. Eingabe des Stadtrats von Bad Schwartau, betr. schwerste Verwahrung gegen die geplante Aenderung des Schulgesetzes. (Anlage 35.)
Ausschuß 2.
9. Eingabe des Deutschen Baugewerksbundes Rüstingen Wilhelmshaven, betr. Förderung des Wohnungsbaues.
Ausschuß 3.
10. Eingabe der Einwohner der Bauerschaft Hegel, betr. Bau einer Lehrerwohnung in Hegel.
Ausschuß 3.
11. Eingabe des Vorstandes der Gemeinde Kensefeld, betr. Ablehnung des Gesekentwurfs, betr. Aenderung des Schulgesetzes für den Landesteil Lübed. (Anlage 35.)
Ausschuß 2.
12. Eingabe des Verbandes deutscher Jugendherbergen, Ortsgruppe Eutin, betr. Erhöhung der Position „Jugendherbergen“ im Haushaltsplan für den Landesteil Lübed für 1930/31 auf 3000 *R.M.*
Ausschuß 3.
13. Eingabe der Siedler in Rüstingen, betr. Mittel für den Kleinwohnungsbau.
Ausschuß 3.
14. Eingabe des H. Pingel aus Hammelwarden, z. St. Wehnen, betr. Nachprüfung seiner An gelegenheit.
Ausschuß 1.
15. Eingabe der Mittelschullehrer Lachmund, Schröder und Siedenburg in Rüstingen, betr. Beseitigung ihrer Ausnahmebehandlung.
Ausschuß 1.
16. Eingabe des Georg Süsselbach in Oldenburg, betr. Entlassung sämtlicher weiblicher Bürogehilfen mit Anhang.
Ausschuß 1.
17. Eingabe der Oldenburgischen Landwirtschaftskammer, betr. Ergänzung ihrer Eingabe, betr. Errichtung einer Landesgartenbauschule.
Ausschuß 3.

Der Präsident gibt eine förmliche Anfrage des Abg. Schröder betr. Hafenanlage in Elsfleth bekannt:

Ist die Staatsregierung bereit und in der Lage, Auskunft darüber zu geben, wie sie sich die Entwicklung der Hafenanlagen und die Verbesserung der Schifffahrtsverhältnisse bei Elsfleth denkt?

Auch wird um Auskunft darüber gebeten, ob und wie die vom Landtage in den Jahren 1926 bis 1928 zum Ausbau der Elsflether Raje bewilligten 240 000 *R.M.* im Interesse Elsfleths, zur Verwendung kommen werden.

Die Beantwortung wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Der Präsident gibt ferner eine förmliche Anfrage des Abg. Röver betr. Kalifunde bei Heidkrug bekannt:

In der Gegend von Heidkrug sind nach Zeitungsmeldungen gewaltige Kali- und Salzlager gefunden worden, in denen viele Milliarden Tonnen abbauwürdige Salze enthalten sind, die den Gesamtbedarf des deutschen Kali- und Salzmarktes über viele Generationen hinaus befriedigen könnten.

1. Welche Rechte hat die Bremer Erdölgesellschaft an diesen, dem Oldenburgischen Volke gehörigen Erdschätzen, die geradezu ungeheuerliche Werte darstellen?
2. Welche Schritte gedenken Regierung und Landtag zu tun, um die Besitzrechte des Oldenburgischen Volkes an diesen Erdschätzen zu sichern?

3. Wer ist der Schuldige bei dem Verkauf der Besitzrechte des Volkes gewesen?

4. Wer ist die Bremer Erdölgesellschaft?

Auch diese Anfrage wird, wenn möglich, in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Der Präsident gibt ferner bekannt, daß die Staatsregierung ihren Antrag zum Kap. 9,5b der Ausgaben zum außerordentlichen Haushalt (5000 R.M. zum Erwerb von Aktien der Luftverkehrs A.-G. Niedersachsen in Hannover) zurückgezogen habe.

Ferner ist zurückgezogen die Eingabe des Wachtmeisters Adams, Rühringen.

Der Präsident gibt weiter bekannt, daß der Abg. Müller wegen Erkrankung verhindert ist, an der Sitzung teilzunehmen.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Vertrauensmännerrats zum selbständigen Antrag Dannemann, betr. Aenderung der Geschäftsordnung.

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Antrag 2 wird mit der erforderlichen $\frac{2}{3}$ Mehrheit angenommen.

Die geänderte Geschäftsordnung tritt sofort in Kraft.

2. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg zur Abänderung der Gesetze für das Herzogtum Oldenburg und die Fürstentümer Lüneburg und Birkenfeld vom 22. Februar 1898, betr. Besteuerung des Wandergewerbes. 2. Lesung, (Anlage 8.)

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Antrag 2 wird angenommen.

Der Antrag 3 wird abgelehnt.

Der Antrag 4 wird angenommen.

3. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg über die Verlängerung der Geltungsdauer der Gewerbesteuer-Gesetze für das Rechnungsjahr 1930 und über die Aenderung dieser Gesetze. 2. Lesung. (Anlage 13.)

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 3 wird angenommen.

4. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr.

die Aenderung des Landwirtschaftskammergesetzes vom 22. Juni 1922. 1. Lesung. (Anlage 29.)

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, 16 Uhr zu stellen.

5. Bericht des Ausschusses 1 über die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Landesteils Lüneburg für das Rechnungsjahr 1. April 1930/31. (Anlage 36.)

Der Ausschußantrag wird angenommen.

6. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des Strafgefangenen Emil Rentjeler in Rendsburg, betr. Erlaß einer achtmonatlichen Gefängnisstrafe.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

7. Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzvereine im Landesteil Lüneburg e. V., gez. Friedr. Bock, betr. Wohnungszwangswirtschaft.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 3 wird abgelehnt.

8. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe Peter Sehn, betr. Aufhebung der Ausweisung aus dem Freistaat Oldenburg.

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Antrag 2 wird angenommen.

Der Antrag 3 ist damit erledigt.

9. Bericht des Ausschusses 3 zu Anlage 5 (Voranschlag der Zentralkasse). 1. Lesung.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Zum Antrag 3 wird vom Abg. Meyer (Holte) folgender Verbesserungsantrag gestellt:

„Die Regierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß im Reiche rechtzeitig Vorsorge dafür getroffen wird, daß bei fallenden Lebenshaltungskosten eine entsprechende Herabsetzung der Beamtengehälter erfolgt.“

Der Verbesserungsantrag des Abg. Meyer (Holte) wird abgelehnt.

Der Antrag 3 wird abgelehnt.

Der Antrag 4 wird angenommen, damit ist der Antrag 5 erledigt.

Die Anträge 6, 7, 8, 9, 10 und 11 werden angenommen.

Der Antrag 12 wird abgelehnt.

Die Anträge 13 und 14 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Dienstag, 10 Uhr, zu stellen.

10. Bericht des Ausschusses 3 zu Anlage 6 (Voranschlag für den Landesteil Oldenburg). 1. Lesung.

Der Präsident schließt die Sitzung um 19 Uhr und kündigt die Fortsetzung auf Donnerstag, 10 Uhr an.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 7. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg am 10. April 1930, vormittags 9 Uhr.

Zimmermann.

Brojchko.



Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Siebte Sitzung.

Oldenburg, den 10. April 1930, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Die Sitzung wird um 10¹⁰ Uhr vom Präsidenten eröffnet.

Das vom Schriftführer Broschko verlesene Protokoll der vorigen Sitzung wird, da Einwendungen nicht erhoben werden, vom Landtage genehmigt.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

10. Bericht des Ausschusses 3 zur Anlage 6 (Voranschlag für den Landesteil Oldenburg). 1. Lesung.

Der Präsident schließt die Sitzung um 13¹⁵ Uhr und kündigt die Sitzung auf 16 Uhr an.

Um 16¹⁰ Uhr wird die Sitzung vom Präsidenten wieder eröffnet.

Die Anträge 1, 2, 3, 4 und 5 werden angenommen.

Die Anträge 57 und 58 werden angenommen.

Der Antrag 59 wird abgelehnt.

Die Anträge 60, 61 und 62 werden angenommen.

Der Antrag 63 wird abgelehnt.

Der Antrag 64 wird angenommen.

Die Anträge 65, 66 und 67 werden angenommen.

Der Antrag 68 wird abgelehnt.

Der Antrag 69 wird angenommen.

Der Antrag 70 wird abgelehnt.

Der Antrag 71 wird angenommen.

Der Antrag 72 wird in der geänderten Form angenommen:

Annahme des Kapitels 4 mit der Maßgabe, daß zu 4a die Summe von 287 500 *R.M.* und zu 4b die Summe von 13 900 *R.M.* eingesetzt wird.

Der Antrag 73 wird abgelehnt.

Der Antrag 74 wird in geänderter Fassung angenommen:

Annahme des Kapitels 5 mit der Maßgabe, daß zu Titel 2 die Summe von 51 000 *R.M.* eingesetzt wird.

Die Abstimmung über den Antrag 75 ergibt Stimmgleichheit.



Der Abg. Hartong beantragt, die Sitzung abzubrechen.

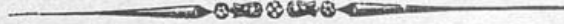
Der Antrag wird angenommen.

Der Präsident kündigt die Fortsetzung auf Freitag, den 11. April, vormittags 10 Uhr an.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 11. April 1930, vormittags 10 Uhr.

Zimmermann.

Broschko.



Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Achte Sitzung.

Oldenburg, den 11. April 1930, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Die Sitzung wurde um 10¹⁰ Uhr von dem Präsidenten eröffnet.

10. Bericht des Ausschusses 3 zur Anlage 6 (Voranschlag für den Landesteil Oldenburg).
1. Lesung.

Der Präsident bittet bei den Abstimmungen so lange stehenzubleiben, bis die Auszählung beendet ist.

Alsdann wird die Abstimmung über den Antrag 75 wiederholt.

Der Antrag 75 wird mit 23 zu 19 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 76 wird angenommen.

Der Antrag 77 wird abgelehnt.

Der Antrag 78 wird angenommen.

Die Anträge 79 und 80 werden angenommen.

Der Antrag 81 wird abgelehnt.

Die Anträge 82, 83, 84 und 85 werden angenommen.

Der Antrag 86 wird abgelehnt.

Der Antrag 87 wird angenommen.

Die Anträge 88, 89 und 90 werden angenommen.

Der Antrag 91 wird angenommen.

Der Antrag 92 wird abgelehnt.

Die Anträge 93 und 94 werden angenommen.

Der Antrag 95 wird abgelehnt.

Die Anträge 96, 97, 98 und 99 werden angenommen.

Der Antrag 100 wird angenommen.

Der Antrag 101 wird abgelehnt.

Der Antrag 102 wird angenommen.

Der 103 wird angenommen.

Damit ist der Antrag 104 erledigt.

Die Anträge 105, 106, 107, 108 und 109 werden angenommen.

Die Anträge 110 und 111 werden angenommen.

Der Antrag 112 wird angenommen.

Der Antrag 113 wird angenommen.

Der Antrag 114 wird abgelehnt.

Der Antrag 115 wird angenommen.

Die Anträge 116, 117, 118, 119 und 120 werden angenommen.

Der Antrag 6 wird angenommen.

Der Antrag 7 wird angenommen.

Das Staatsministerium zieht den zum Haushalt des Innern, Verwaltung, Kap2, 5, Titel 1 gestellten Antrag zurück.



Damit sind die Anträge 8 und 9 erledigt.

Der Antrag 10 wird abgelehnt.

Der Antrag 11 wird angenommen.

Der Antrag 13 wird angenommen.

Damit ist der Antrag 12 erledigt.

Vom Berichterstatter ist eine Ergänzung des Berichts eingegangen und folgender Antrag 14a stellt:

Die Eingaben werden durch die Beschlussfassung des Landtags für erledigt erklärt.

Die Anträge 14, 14a und 15 werden angenommen.

Der Antrag 17 ist angenommen, damit ist der Antrag 16 erledigt.

Der Antrag 18 wird angenommen.

Der Präsident schließt die Sitzung um 13⁰⁵ Uhr und kündigt die Fortsetzung auf Montag, 16 Uhr an.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 9. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg am 14. April 1930, nachmittags 16 Uhr.

Zimmermann.

Broschko.



Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Neunte Sitzung.

Oldenburg, den 14. April 1930, nachmittags 16 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Die Sitzung wurde um 16¹⁰ Uhr von dem Präsidenten eröffnet.

Das vom Schriftführer Broschko verlesene Protokoll der vorigen Sitzung wird, da Einwendungen nicht erhoben werden, vom Landtage genehmigt.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

10. Bericht des Ausschusses 3 zur Anlage 6 (Voranschlag für den Landesteil Oldenburg)

1. Lesung.

Der Antrag 19 wird angenommen.

Der Vertreter des Staatsministerium beantragt:

Die Anträge 20 und 21 an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Der Landtag ist einverstanden.

Die Anträge 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30 und 31 werden angenommen.

Der Antrag 32 wird angenommen; damit ist der Antrag 33 erledigt.

Die Anträge 34, 35 und 36 werden angenommen.

Der Antrag 37 wird angenommen.

Die Anträge 38, 39, 40 und 41 werden angenommen.

Die Anträge 42, 43, 44, 45, 46, 47 und 48 werden angenommen.

Der Antrag 49 wird abgelehnt.

Die Anträge 50 und 51 werden angenommen.

Der Antrag 52 wird abgelehnt.

Der Antrag 53 wird angenommen.

Der Antrag 54 wird abgelehnt.

Der Antrag 55 wird angenommen.

Der Antrag 56 wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Mittwoch, den 23. April, 16 Uhr einzureichen.

Der Präsident schließt die Sitzung um 17¹⁵ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 10. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg am 29. April 1930, vormittags 9 Uhr.

Zimmermann.

Broschko.

Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Zehnte Sitzung.

Oldenburg, den 29. April 1930, vormittags 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Der Präsident eröffnet um 9¹⁰ Uhr die Sitzung.

Das vom Abgeordneten Broschko verlesene Protokoll der vorigen Sitzung wird vom Landtag genehmigt.

Abg. Wichmann verliest das Verzeichnis der Vorlagen und Eingaben.

A. Vorlagen.

1. Geschäftsbericht der Staatlichen Kreditanstalt und der Landessparkasse für das Jahr 1929. (Anlage 45.)
Ausschuß 1.
2. Aufnahme von Meliorationskrediten bei der Deutschen Bodenkultur A.-G. in Berlin. (Anlage 46.)
Ausschuß 3.

B. Eingaben.

1. Eingabe des Wilh. Spanhake in Oldenburg, betr. Ermäßigung seiner Steuer vom bebauten Grundbesitz.
Ausschuß 1.
2. Eingabe des Landesausschusses Oldenburg der deutschen Jugendverbände, betr. Er-

höhung des Betrages im Haushalt Oldenburg der sozialen Fürsorge unter Kap. Iw Tit. 4.

Ausschuß 3.

3. Eingabe des Hausbesitzers-Vereins e. V. in Oberstein, betr. Protest gegen die geplante Erhöhung der Steuer vom bebauten Grundbesitz und gegen die Wohnungsnutzungssteuer.
Ausschuß 3.
4. Eingabe des Undenbolt, Kohlenhandlung in Wilhelmshaven, betr. Brihala.
Ausschuß 3.
5. Eingabe des Verbandes der Polizeibeamten der Ordnungspolizei, Oldenburg e. V. betr. Neuregelung des Dienstes bei den Revierhunderttschaften.
Ausschuß 1.
6. Eingabe der Oldenburgischen Landwirtschaftskammer, betr. Landesgartenbauschule (Angebot der Stadt Varel zur Uebernahme der Trägerschaft.)
Ausschuß 3.



7. Eingabe der Protokollführer des Amtsgerichts Oldenburg, betr. Einreihung in die Vergütungsgruppe 6 des Oldenburgischen Angestellten-Tarifs.
Ausschuß 1.
8. Eingabe des Landeslehrervereins für den Landesteil Lübed, betr. Ablehnung der Anlage 35, betr. Aenderung des Schulgesetzes.
Ausschuß 2.
9. Eingabe des Landbundes Oldenburg-Bremen, betr. vorläufige Erlassung der Amortisation für die Aufwertungshypothek des Landwirts Johann Kaper in Burmeide.
Ausschuß 1.
10. Eingabe der Neusiedler in Halen, betr. Aufteilung der Staatsweide in Lethe.
Ausschuß 3.
11. Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins Barel e. V., betr. Erhebung einer Steuer vom bebauten Grundbesitz.
Ausschuß 3.
12. Eingabe des Bernh. Woldenga in Oldenburg, betr. Auszahlung einer Unterstützung.
Ausschuß 1.
13. Eingabe des Konrad Meyer, z. Zt. in Untersuchungshaft in Kassel, betr. Einspruch gegen die von der Staatsregierung über ihn gemachten Mitteilungen.
Ausschuß 1.
14. Eingabe des Wilh. Urban, Strafgefangener in Bockta, betr. Beschwerde über die Verwaltung der Strafanstaltsdirektion in Bockta.
Ausschuß 1.
15. Eingabe des Rechnungstellers Aug. Buschmann in Südbäke, betr. Beihilfe zur Beseitigung von Alkoven an den Landmann D. Harms in Lehmdermoor.
Ausschuß 1.
16. Eingabe der Wirtschaftsverbände in Oldenburg, betr. Protest gegen die geplante Erhöhung der Steuer vom bebauten Grundbesitz.
Ausschuß 3.
17. Eingabe des Gustav Wübbenhorst in Oldenburg, betr. Siedlungsrente für die Siedlung Art. 292 der Stadtgemeinde Elsfleth.
Ausschuß 1.

18. Eingabe des Stadtmagistrats Bockta, betr. Gymnasialbau das.
Ausschuß 3.

Der Präsident verliest die selbständigen Anträge der Abg. Lehmkuhl:

Die Regierung wird ersucht, bei allen Schulen anzuordnen, daß der Gebrauch der lateinischen Schrift soweit wie irgend möglich eingeschränkt wird.

Eichler:

Ich beantrage:

der Landtag wolle beschließen, das Besoldungsgesetz vom Jahre 1927 dahin zu ändern, daß bei Besoldungsgruppe 8 nachgefügt wird: „Amtsvollziehungs-Assistenten.“

und Rohr:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, damit sofortige Maßnahmen ergriffen werden, welche die Absatzschwierigkeiten, insbesondere für Kartoffeln im Saargrenzgebiet beseitigen. Um erfolgreiche Maßnahmen durchzuführen, wird es notwendig sein, sich mit den bestehenden landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaften baldigst in Verbindung zu setzen.

und überweist sie den zuständigen Ausschüssen.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Jacobs verliest der Präsident die Antwort der Staatsregierung.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. die Aenderung des Landwirtschaftstammergesetzes vom 22. Juni 1922. 2. Lesung. (Anlage 29.)

Die Ausschußanträge 1 und 2 werden angenommen.

2. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Fischereigesetzes für den Landesteil Lübed. 1. Lesung. (Anlage 28.)

Die Ausschußanträge 1—12 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 30. April morgens 10 Uhr einzureichen.

3. Bericht des Ausschusses 2 über die Anlage 41, 42 und 43, betr. Aenderung der Gesetze für die

Landesteile Oldenburg, Lüneburg und Birkenfeld zur Ausführung der Zivilprozessordnung und des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 15. Mai 1899. 1. Lesung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 30. April morgens 10 Uhr einzureichen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 30. April morgens 10 Uhr einzureichen.

4. Nachfrage zum Bericht des Ausschusses 2 über die Eingabe des Landbundes Oldenburg-Bremen, betr. Abänderung des Gesetzes vom 14. April 1882, betr. die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderung in Verwaltungssachen. 1. Lesung.

Der Mehrheitsantrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 30. April morgens 10 Uhr einzureichen.

5. Bericht des Ausschusses 3 zum Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Siedlungsamts für das Rechnungsjahr 1930. (Anlage 11.)

Der Antrag 1 wird angenommen.

Vom Abg. Schmidt wurde ein Antrag 3a eingereicht folgenden Inhalts:

Ich beantrage, folgenden Antrag 3a dem Bericht einzufügen:

1. Die Staatsregierung wird ersucht, zu prüfen, ob nach der Antwort auf die förmliche Anfrage des Abg. Brendebach die Marschsiedler nachbargleich behandelt sind.
2. Der Landtag ersucht die Staatsregierung, zu genehmigen, daß das den Siedlern gewährte Wirtschaftsdarlehn in einer für die Siedler tragbaren Weise langfristig zur Rückzahlung kommt.

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 3 wird angenommen.

Der Antrag 3a wird angenommen.

Die Ausschußanträge 4—7 werden angenommen.

Die Ausschußanträge 8—11 werden angenommen.

Der Ausschußantrag 12 wird angenommen.

Der Antrag 13 wird angenommen.

Damit ist Antrag 14 erledigt.

6. Bericht des Ausschusses 1 über die von der Buchhalterei des Finanzbüros aufgestellte und durch Erläuterungen ergänzte Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Kasse des Siedlungsamts für 1928 nebst Nachweisung der Kaufgelder und der

Erlöse für Grundstücke in besonderer Anlage. (Anlage 20.)

Der Ausschußantrag wird angenommen.

7. Bericht des Ausschusses 1 zur Anlage 7.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Der Antrag des Abg. Eichler auf Ablehnung des Ausschußantrags wird abgelehnt.

8. Bericht des Ausschusses 2 über den selbständigen Antrag des Abg. Krause, betr. Maisfeier.

Der Antrag 2 wird angenommen, damit ist der Antrag 1 erledigt.

9. Selbständiger Antrag des Abg. Röver.

Zum selbständigen Antrag des Abg. Röver ist vom Abg. Frerichs ein Verbesserungsantrag überreicht, der dem Ausschuß 3 überwiesen ist.

Der selbständige Antrag des Abg. Röver wird ebenfalls Ausschuß 3 überwiesen.

10. Förmliche Anfrage des Abg. Schröder.

Die förmliche Anfrage des Abg. Schröder wurde vom Staatsministerium beantwortet (s. Stenogramm).

Vom Abg. Krause wurde Besprechung der Anfrage beantragt.

11. Förmliche Anfrage des Abg. Röver.

Punkt 11 wird auf Antrag des Abg. Eichler von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Landtag ist einverstanden.

12. Bericht des Ausschusses 2 über die Eingabe der Gemeinde Cleverns, betr. Vorbelaftung für den Bau einer Amtsverbandsstraße.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

13. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Kolonisten Georg Braje in Moorberg um Bewilligung eines staatlichen Wirtschaftsdarlehens.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

14. Bericht des Ausschusses 1 zu den Eingaben des Strafgefangenen K. Meyer in Behta nebst Anlage vom 31. 3. 30.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

15. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Siedler in Rethenerfeld um Hilfsmaßnahmen.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

16. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des Rechnungstellers Aug. Buschmann in Südbäte,

betr. Antrag um Aufwertung der Brandlaffenent-
schädigung aus der Zeit der Geldentwertung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

17. Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des
Verbandes der Polizeibeamten der Ordnungspoli-
zei Oldenburg e. V.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

18. Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des
Landesverbandes der Fachturnlehrer Oldenburgs.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 12⁰⁵ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 11. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des
V. Landtags des Freistaats Oldenburg am 13. Mai 1930, vormittags 9,15 Uhr.

Zimmermann.

Wichmann.



Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Elfte Sitzung.

Oldenburg, den 13. Mai 1930, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Die Sitzung wurde um 9¹⁰ Uhr von dem Präsidenten eröffnet.

Abg. Wichmann verliest das Protokoll der vorigen Sitzung. Da Einwendungen gegen das Protokoll vom Landtage nicht erhoben wurden, wurde dasselbe für genehmigt erklärt.

Abg. Rohr verliest das Verzeichnis der Eingänge.

A. Vorlagen.

1. Schreiben, betr. Erwerb eines Grundstücks in Nordenham für die Butjadinger Sparkasse daselbst.
Ausschuß 3.
2. Gesetzentwurf für den Landesteil Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes, betr. die Berechtigung der katholischen Kirche zur Erhebung von Steuern.
Ausschuß 2.
3. Gesetzentwurf für den Landesteil Oldenburg über die Aufwertung gewisser dem Landesteil Oldenburg obliegender privatrechtlicher oder öffentlichrechtlicher Verpflichtungen.
Ausschuß 3.
4. Gesetzentwurf, betr. Aenderung der Gemeindeordnung für den Landesteil Oldenburg.
Ausschuß 2.

5. Gesetzentwurf für den Landesteil Birkenfeld, betr. Vereinigung der Landgemeinde Tiefenstein mit der Stadtgemeinde Idar.

Ausschuß 2.

6. Schreiben, betr. Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg zur Regelung der Lotterieverhältnisse.

Ausschuß 2.

B. Eingaben.

1. Eingabe des Aug. Buschmann in Südbäke, betr. Bewilligung von Darlehen an Gebäudeeigentümer, die in eine schwere Notlage durch die Auszahlung der Brandkassenentschädigung geraten sind.
Ausschuß 1.
2. Eingabe desselben, betr. Verringerung der Kilometerzahl für schwere Kraftfahrzeuge auf neuerbauten Straßen.
Ausschuß 1.
3. Eingabe des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. Ortsverein Wilhelmshaven-Rüstringen, betr. Protest gegen die Erklärung des Regierungsvertreters an den Ausschluß 1 über die Eingabe des gen. Reichsbundes.
Ausschuß 1.

4. Eingabe des Vorstandes der Gemeinde Kensefeld, betr. Aenderung des Schulgesetzes für das Fürstentum Lübed vom 4. April 1911.

Ausschuß 2.

5. Eingabe des Kanzleisekretärs G. Zimmermann in Birkenfeld zur Stellenübersicht für das Jahr 1930.

Ausschuß 1.

6. Eingabe der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer, Zweigstelle Eutin, betr. Aenderung des § 11 des Ges. f. d. Fürstent. Lübed, betr. die Sonn- und Feiertage vom 17. März 1909.

Ausschuß 2.

7. Eingabe des Peter Sedn in Delmenhorst, betr. Rüdgängigmachung seiner Ausweisung aus dem Oldenburger Lande.

Ausschuß 1.

8. Eingabe des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V., Gau Niedersachsen, betr. erneute Stellungnahme zu seiner Eingabe, betr. Beschwerde gegen den weiteren Abbau der Mieterschutzgesetze.

Ausschuß 1.

9. Eingabe des Kolonisten Heinr. Schwarzenberg in Thausen, betr. Bewilligung eines Darlehns aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Ausschuß 1.

Der Landtag ist mit den Ueberweisungen an die betreffenden Ausschüsse einverstanden.

Der Präsident gibt alsdann bekannt, daß ein selbständiger Antrag des Abg. Hobbie und ein selbständiger Antrag des Abg. Rohr eingegangen seien, die beide dem Ausschuß 1 überwiesen seien.

Antrag Hobbie:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, um eine Herabsetzung der ungebührlich hohen Preise des künstlichen Düngers zu erreichen.

Antrag Rohr:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, mit der Reichsregierung zu verhandeln, damit den Arbeitern die im Saargebiet ihre Arbeitsstätte haben, die Saargängerunterstützung so lange gewährt wird, bis die Rüdgliederung des Saargebietes erfolgt ist.

Ferner verliest der Präsident eine förmliche Anfrage des Abg. Hug.

Ist die Staatsregierung bereit, die Gründe und Ursachen mitzuteilen, welche das Ministerium der sozialen Fürsorge veranlaßt haben,

eine Verordnung zu erlassen, nach welcher unter Bezugnahme auf die Reichsverordnung vom 14. April 1927 § 6 in den handwerksmäßig betriebenen Schmieden, Schlossereien, Stellmachereien, Maschinenreparatur-Werkstätten, Seilereien, Sattlereien und kleinen Getreidemühlen die tägliche Arbeitszeit generell für 6 Monate auf täglich 10 Stunden für Gehilfen und Lehrlinge ausgedehnt werden darf?

Ferner sei ein Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft eingegangen, betr. die Aufhebung der Immunität des Abg. Röver (s. Stenogramm).

Das Schreiben wurde zur Vorberatung dem Vertrauensmänner-Ausschuß überwiesen.

Einem Antrage des Abg. Möller auf Urlaub wird vom Landtage stattgegeben.

Der Präsident gibt bekannt, daß Eingaben, die nach dem 19. d. Mts. eingehen, wenig Aussichten hätten, noch ordnungsgemäß in dieser Tagung erledigt zu werden.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Ausschusses 2 über Anlagen 41, 42 und 43, betr. Aenderung der Gesetze für die Landesteile Oldenburg, Lübed und Birkenfeld zur Ausübung der Zivilprozessordnung und des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 15. 5. 1899. 2. Lesung.

Der Ausschuh Antrag wird angenommen.

2. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. Abänderung des Gesetzes vom 6. Januar 1900, betr. die Ortsstraßen (Ortsstraßengesetz). Anlage 38.) 1. Lesung.

Der Ausschuh Antrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag vorm. 10 Uhr einzureichen.

3. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld zur Aenderung des Enteignungsgesetzes vom 11. April 1899. (Anlage 39). 1. Lesung.

Der Ausschuh Antrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag vorm. 10 Uhr einzureichen.

4. Bericht des Ausschusses 2 zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg zur Aenderung des Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 4. Februar 1910, zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübed zur Aenderung des Schulgesetzes für das Fürstentum Lübed vom 4. April 1911 und zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld zur Aenderung des Schulgesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 4. April 1911. (Anlage 35.) 1. Lesung.

Es wird über die einzelnen Ziffer der Anträge 2, 3 und 4 abgestimmt.

Ziffer 1 der 3 Anträge wird abgelehnt.

Ziffer 2 der 3 Anträge wird abgelehnt.

Bei Ziffer 3 der 3 Anträge ergibt sich Stimmengleichheit.

Die Wiederholung der Abstimmung wird bis zum Schlusse der Sitzung ausgesetzt.

Die Anträge 1 und 5 werden angenommen.

Der Antrag 6 wird abgelehnt.

5. Bericht des Ausschusses 3 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. die Erhebung einer Steuer zur Förderung des Wohnungsbaues im Rechnungsjahr 1930. (Anlage 26.) 1. Lesung.

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Die Anträge 2 und 3 werden angenommen. Durch die Annahme des Antrages 3 sind die Anträge 5 und 6 erledigt. Der Antrag 4 wird abgelehnt.

Der Antrag 7 wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag vorm. 10 Uhr einzureichen.

6. Bericht des Ausschusses 3 zum Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. Erhebung einer Steuer vom bebauten Grundbesitz im Rechnungsjahre 1930 (Hauszinssteuergesetz). (Anlage 25.) 1. Lesung.

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

Der Antrag 3 wird abgelehnt.

Anträge zur 2. Lesung sind ebenfalls bis Donnerstag vorm. 10 Uhr einzureichen.

7. Bericht des Ausschusses 3 zum Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. die Erhebung einer Steuer vom bebauten Grundbesitz (Hauszinssteuergesetz). (Anlage 33.) 1. Lesung.

Der Antrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag vorm. 10 Uhr einzureichen.

8. Bericht des Ausschusses 3 zum Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg über die Aufwertung gewisser dem Landesteil Oldenburg obliegender privatrechtlicher oder öffentlichrechtlicher Verpflichtungen. (Anlage 49.) 1. Lesung.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag vorm. 10 Uhr einzureichen.

9. Bericht des Ausschusses 3 über den Haushalt des Landesteils Lübeck für 1930. (Anlage 30.) 1. Lesung.

Der Antrag (Allgemeine Verwaltung) wird angenommen.

Alsdann wird die Abstimmung zu Punkt 4 der Tagesordnung über Ziffer 3 der 3 Anträge 2, 3 und 4 wiederholt.

Ziffer 3 der 3 Anträge wird abgelehnt.

Anträge zur 2. Lesung sind ebenfalls bis Donnerstag vorm. 10 Uhr einzureichen.

Die nächste Sitzung wird auf Mittwoch vorm. 10 Uhr festgesetzt.

Der Präsident schließt um 3⁴⁰ Uhr die Sitzung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 12. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 14. Mai 1930.

Zimmermann.

Rohr.

Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 14. Mai 1930, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Die Sitzung wurde um 10⁰⁵ Uhr vorm. von dem Präsidenten eröffnet.

Abg. Rohr verliest das Protokoll der vorigen Sitzung.

Da Einwendungen gegen das Protokoll vom Landtage nicht erhoben wurden, wurde dasselbe für genehmigt erklärt.

Als dann wird in die Weiterberatung der Tagesordnung Punkt 9

Voranschlag des Landesteils Lübeck (Anlage 30) eingetreten.

Die Anträge 2, 3 und 4 werden angenommen.

Antrag 5 wird abgelehnt.

Antrag 6 wird angenommen.

Antrag 7 wird abgelehnt.

Die Anträge 8, 9 und 10 werden angenommen.

Antrag 11 wird abgelehnt.

Die Anträge 12, 13 und 14 werden angenommen.

Antrag 15 wird abgelehnt.

Die Anträge 16, 17 und 18 werden angenommen.

Antrag 19 wird abgelehnt.

Die Anträge 20 und 21 werden angenommen.

Der Antrag 22 wird abgelehnt.

Die Anträge 23, 24, 25, 26, 27 und 28 werden angenommen.

Antrag 29 wird abgelehnt.

Die Anträge 30, 31, 32, 33 und 34 werden angenommen.

Die Anträge 35 und 36 werden abgelehnt.

Angenommen werden die Anträge 37, 38, 39 und 40.

Der Antrag 41 wird abgelehnt.

Die Anträge 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48 und 49 werden angenommen.

Der Antrag 50 wird angenommen.

Der Antrag 51 wird abgelehnt.

Die Anträge 52 und 53 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Freitag vorm. 10 Uhr einzureichen.

10. Bericht des Ausschusses 3 zu Anlage 37 (Voranschlag für den Landesteil Birkenfeld). 1. Lesung.

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

Antrag 3 wird abgelehnt.

Die Anträge 4, 5, 6, 7 und 8 werden angenommen.

Bei Antrag 9 wird eine kleine Abänderung vorgenommen und ist durch die Abänderung der Antrag 10 hinfällig.

Der Antrag 9 wird abgelehnt.

Die Anträge 11 und 12 werden angenommen.

Antrag 13 wird abgelehnt.



Antrag 14 wird angenommen.

Antrag 15 wird abgelehnt.

Die Anträge 16, 17, 18, 19, 20 und 21 werden angenommen.

Die Anträge 22 und 23 werden abgelehnt.

Die Anträge 24, 25 und 26 werden angenommen.

Die Anträge 27 und 28 werden abgelehnt.

Die Anträge 29 und 30 werden angenommen.

Antrag 31 wird abgelehnt.

Die Anträge 32, 33, 34, 35, 36, 37 und 38 werden angenommen.

Antrag 39 wird abgelehnt.

Die Anträge 40, 41 und 42 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Freitag vorm. 10 Uhr einzureichen.

11. Bericht des Ausschusses 3 zu Anlage 47, betr. Ankauf eines Grundstücks für die Butjadinger Sparkasse in Nordenham, Zweigstelle der Landesparkasse.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

12. Bericht des Ausschusses 3 über die Vorlage des Staatsministeriums, betr. Aufnahme eines Meliorationskredites von 49 600 R.M. (Anlage 46.)

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

13. Bericht des Ausschusses 1 zu Anlage 45 (Geschäftsbericht der Staatlichen Kreditanstalt und der Landesparkasse).

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

Die Punkte 14 und 15 werden von der Tagesordnung abgesetzt.

16. Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des Th. Osterwind, Oldenburg, betr. Erlass bzw. Ermäßigung der Hauszinssteuer.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

17. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des H. Pingel aus Hammelwarden.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

18. Bericht des Ausschusses 1 zu verschiedenen Eingaben, betr. Mißstände in Bechta.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

19. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe der Mittelschullehrer Lachmund, Schröder und Siedenburg.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

20. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des Landbundes Oldenburg-Bremen.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

21. Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des Kaufmanns J. Behrens aus Cutin, betr. Niederschlagung von Steuern vom bebauten Grundbesitz.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

22. Bericht des Ausschusses 2 über die Eingabe des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes — Landesverband Oldenburg.

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 3 wird angenommen, dadurch ist der Antrag 1 erledigt.

Der Antrag 4 wird angenommen.

23. Bericht des Ausschusses 2 über den selbständigen Antrag des Abg. Lehmkuhl, betr. Einschränkung der Lateinschrift in den Schulen.

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Antrag 2 wird angenommen.

Die nächste Sitzung wird auf den 20. Mai vorm. 9 Uhr festgesetzt.

Der Präsident schließt um 3³⁵ Uhr die Sitzung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 13. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 20. Mai 1930.

Zimmermann.

Rohr.

Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Dreizehnte Sitzung.

Oldenburg, den 20. Mai 1930, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Die Sitzung wurde um 9¹⁰ Uhr von dem Präsidenten eröffnet.

Abg. Rohr verliest das Protokoll der vorigen Sitzung. Da Einwendungen nicht erhoben werden, wird dasselbe vom Landtage genehmigt.

Abg. Broschko verliest das Verzeichnis der Vorlagen und Eingaben.

A. Vorlagen.

1. Schreiben, betr. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Rentensfeststellungskommission für den verstorbenen Landwirt Richard Uibers zu Havendorfersande. (Anlage 53.)
Plenum.
2. Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg zur Abänderung des Gesetzes, betr. Anstellung und Befoldung der Mitglieder des Staatsministeriums vom 4. Juli 1919 in der Fassung der Abänderungsgesetze vom 10. Aug. 1920 und 26. März 1924. (Anlage 54.)

Ausschuß 1.

B. Eingaben.

1. Eingabe der durch Hochwasser schwer geschädigten Landwirte der Gemeinde Neu-

scharrel, betr. Niederschlagung der gewährten Meliorationskredite.

Ausschuß 1.

2. Eingabe des Landesverbandes der Oldenburgischen Haus- und Grundbesitzervereine e. V., betr. Mitteilung einer Entschliebung des Haus- und Grundbesitzervereins Idar, betr. Protest gegen die geplante Erhöhung der Steuer vom bebauten Grundbesitz.

Ausschuß 3.

3. Eingabe des Landwirts Bernhard Klümper in Barßel, betr. Personenwahl in Barßel.

Ausschuß 2.

4. Eingabe des Invaliden Johann Fiolka in Wideshausen, betr. Sozialrente.

Ausschuß 1.

5. Eingabe des Landmanns Friedr. Wilh. Kathmann zu Neudorf bei Barel, betr. Hilfe zur Erlangung eines langfristigen Darlehns.

Ausschuß 1.

6. Eingabe des H. Schwarting in Oldenburg, Melkenstr., betr. Befreiung von Zahlung der Steuer vom bebauten Grundbesitz.

Ausschuß 1.

Der Landtag ist mit der Ueberweisung an die betr. Ausschüsse einverstanden.

Der Präsident gibt einen selbständigen Antrag des Abg. Brendebach, betr. Eierzoll bekannt:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Bindungen des Eierzolls gegenüber Italien und Jugoslawien baldigst beseitigt werden und daß der Eierzoll in Tarifnummer 136 des Zolltarifs auf 60 *R.M.* pro D₃ erhöht wird.

Der Antrag wird dem Ausschuß 1 überwiesen.

Ferner gibt der Präsident einen selbständigen Antrag des Abg. Rohr, betr. Führerschein für Kraftfahrzeuge bekannt:

Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das Gesetz über den Kraftfahrzeugverkehr dahin geändert wird, daß die Ausstellung eines Führerscheins von einem vorherigen Abschluß einer Haftpflichtversicherung abhängig gemacht wird.

Der Antrag wird dem Ausschuß 2 überwiesen.

Eine förmliche Anfrage des Abg. Meyer (Holte), betr. Auftreten der Maul- und Klauenseuche, wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Vom Abg. Dr. Schulte ist folgender dringlicher selbständiger Antrag eingegangen:

Die Staatsregierung wird ersucht, sofort bei der Reichsregierung dahingehend vorstellig zu werden, daß der verbilligte Mais für die Geflügelhalter nicht, wie seitens der Reichsmaisstelle beschlossen, nach der Zahl der genossenschaftlich abgelieferten Eier, sondern nach dem Geflügelbestande verteilt wird. Die Verteilung des verbilligten Maises darf nicht nur durch die Genossenschaften erfolgen, sondern es muß auch der freie Handel eingeschaltet werden.

Die Dringlichkeit wird vom Landtage befürwortet. Es wird sofort in die Beratung eingetreten.

Auf Antrag des Abg. Hartong wird vom Landtage beschlossen, den Antrag an den Ausschuß 2 zu überweisen.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Fischereigesetzes für den Landesteil Lübeck. (Anlage 28.) 2. Lesung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

2. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes für das

Großherzogtum Oldenburg vom 14. April 1882, betr. die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderung in Verwaltungssachen. 2. Lesung.

Die Ausschußanträge 1 und 2 werden angenommen.

3. Bericht des Ausschusses 3 zum Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg über die Aufwertung gewisser dem Landesteil Oldenburg obliegender privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen. (Anlage 49.) 2. Lesung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

4. Bericht des Ausschusses 1 über die nach § 89 der oldenburgischen Verfassung vorzulegenden Rechnungen des Landesteils Birkenfeld für die Rechnungsjahre 1924 und 1925. (Anlage 40.)

Der Ausschußantrag wird angenommen.

5. Erjählwahl eines Mitgliedes der Rentenfeststellungskommission für den verstorbenen Landwirt Richard Ubers zu Savendorferlande. (Anlage 53.)

Für den verstorbenen Richard Ubers wird der Landwirt Heinrich Ripken in Oberlethe und als dessen Stellvertreter der Landwirt Johann Heinrich Addicks in Oldenbrot in die Rentenfeststellungskommission gewählt.

6. Bericht des Ausschusses 1 zu den Uebersichten über den Bedarf an Stellen für planmäßige und nicht planmäßige Beamte für das Rechnungsjahr 1930 (Stellenübersicht). (Anlage 34.)

Der Antrag 1 wird angenommen, damit ist der Antrag 2 erledigt.

Der Antrag 3 wird angenommen, damit ist der Antrag 4 erledigt.

Die Anträge 5 und 7 werden angenommen, damit sind die Anträge 6 und 8 erledigt.

Die Anträge 9 und 10 werden angenommen.

Der Antrag 11 wird angenommen, damit ist der Antrag 12 erledigt.

Der Antrag 13 wird angenommen.

Der Antrag 14 wird angenommen, damit ist der Antrag 15 erledigt.

Der Antrag 16 wird angenommen.

Der Antrag 17 wird angenommen, damit ist der Antrag 18 erledigt.

Der Antrag 19 wird angenommen.

Der Antrag 20 wird angenommen, damit ist der Antrag 21 erledigt.

Der Antrag 22 wird angenommen, damit ist der Antrag 23 erledigt.

Der Antrag 24 wird angenommen, damit ist der Antrag 25 erledigt.

Der Antrag 26 wird angenommen, damit ist der Antrag 27 erledigt.

Der Antrag 28 wird angenommen, damit ist der Antrag 29 erledigt.

Der Antrag 30 wird angenommen, damit ist der Antrag 31 erledigt.

Der Antrag 32 wird angenommen.

Der Antrag 33 wird angenommen, damit ist der Antrag 34 erledigt.

Die Anträge 35, 36 und 37 werden angenommen.

Der Antrag 38 wird angenommen, damit ist der Antrag 39 erledigt.

Der Antrag 40 wird angenommen, damit ist der Antrag 41 erledigt.

Der Antrag 42 wird angenommen, damit ist der Antrag 43 erledigt.

Der Antrag 44 wird angenommen, damit ist der Antrag 45 erledigt.

Der Antrag 46 wird angenommen, damit ist der Antrag 47 erledigt.

Der Antrag 48 wird angenommen, damit ist der Antrag 49 erledigt.

Der Antrag 50 wird angenommen, damit ist der Antrag 51 erledigt.

Der Antrag 52 wird angenommen, damit ist der Antrag 53 erledigt.

Der Antrag 54 wird angenommen.

Der Antrag 55 wird angenommen, damit ist der Antrag 56 erledigt.

Die Anträge 57 und 58 werden angenommen.

Der Antrag 60 wird angenommen, damit ist der Antrag 59 erledigt.

Abg. **Wichmann** erstattet mündlichen Bericht über die Eingabe des Kanzleisekretärs **G. Zimmann**, Birkenfeld.

Der Antrag 59b:

Der Landtag wolle die Eingabe durch die Beschlußfassung zur Stellenübersicht für erledigt erklären

wird angenommen.

Damit ist der Antrag 59a:

Minderheitsantrag **Eichler**:

Der Landtag wolle die Eingabe dem Ministerium zur Berücksichtigung überweisen erledigt.

Der Antrag 61 wird angenommen.

Der Antrag 62 wird abgelehnt.

Die Anträge 63, 64, 65, 66 und 67 werden angenommen.

7. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Landesfürsorgerin, Schwester Elisabeth Doelkefeld, und des Frauenvereins des Freistaats Oldenburg.

Der Antrag 1 wird angenommen, damit ist der Antrag 2 erledigt.

Die Anträge 3 und 4 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Mittwoch, 21. Mai 1930, 10 Uhr, zu stellen.

8. Bericht des Ausschusses 1 über den selbständigen Antrag des Abgeordneten Eichler, betr. Aenderung des Besoldungsgesetzes vom Jahre 1927.

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Antrag 2 wird angenommen, damit ist der Antrag 3 erledigt.

Der Antrag 4 wird angenommen.

9. Bericht des Ausschusses 2 über den selbständigen Antrag des Abg. Fick und über die Eingabe des Stadtrats der Stadt Schwartau, betr. Eingemeindung Schwartau-Kensfeld.

Der Antrag 2 wird angenommen, damit ist der Antrag 1 erledigt.

Der Antrag 3 wird angenommen.

10. Bericht des Ausschusses 3 über den selbständigen Antrag des Abg. Röver nebst Verbesserungsantrag des Abg. Friedrichs, betr. den Aufruf zu einer Landespende Oldenburg.

Der Antrag 1 wird angenommen, damit ist der Antrag 2 erledigt.

Der Antrag 4 wird angenommen, damit ist der Antrag 3 erledigt.

11. Förmliche Anfrage des Abgeordneten Langemeyer.

Die förmliche Anfrage des Abgeordneten Langemeyer wird durch die Erklärung der Staatsregierung erledigt.

13. Förmliche Anfrage des Abgeordneten Hug.

Die förmliche Anfrage des Abg. Hug wird durch die Erklärung der Staatsregierung erledigt.

12. Förmliche Anfrage des Abg. Röver.

Die förmliche Anfrage des Abg. Röver wird vom Staatsministerium beantwortet (siehe Stenogramm).

Der Abg. **Wempe** hat zu der förmlichen Anfrage des Abg. Röver folgenden Antrag gestellt:

Zu der förmlichen Anfrage des Abg. Köver
stelle ich folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Staatsregierung wird ersucht, mit
allem Nachdruck bei der Reichsregierung
sich dafür einzusetzen, daß die Genehmi-
gung zur Aufschließung des Kalivorkom-
mens bei Heidkrug baldigst erteilt wird.“

Der Antrag des Abg. Wempe wird ein-
stimmig vom Landtage angenommen.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung werden
auf Wunsch des Landtages vom Präsidenten ab-
gesetzt.

Der Präsident schließt die Sitzung um 12³⁰
Uhr und kündigt die nächste Sitzung für Freitag,
den 23. Mai 1930, vormittags 9 Uhr an.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 14. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des
V. Landtags des Freistaats Oldenburg am 23. Mai 1930.

Zimmermann.

Broscho.



Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Vierzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 23. Mai 1930, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 9¹⁰ Uhr vormittags.

Abg. Broschko verliest das Protokoll der vorigen Sitzung. Da Einwendungen nicht erhoben werden, ist es für festgestellt erklärt.

Abg. Wichmann verliest das Verzeichnis der Eingaben:

Eingaben.

1. Eingabe des Landwirts Gustav gr. Rebel in Märshendorf, betr. Entlassung seines Sohnes Johannes aus der Taubstummenanstalt Wildeshausen.

Ausschuß 1.

2. Eingabe des Kaufmanns W. Logemann in Oldenburg, um Ueberlassung eines Stück Gartenlandes von der Gendarmerie.

Ausschuß 1.

3. Eingabe des Stadtmagistrats Bad Schwartau, betr. Ablehnung der Vorlage 35 in 2. Lesung.

Ausschuß 2.

Der Präsident gibt den Eingang einer förmlichen Anfrage des Abg. Heitmann bekannt.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Antrag des Oberstaatsanwalts, Oldenburg, betr. Strafverfolgung Röver.

Der Antrag wird auf Vorschlag des Vertrauensmännerauschusses vom Landtage abgelehnt.

2. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. Abänderung des Gesetzes vom 6. Januar 1900, betr. die Ortsstraßen (Ortsstraßengesetz). (Anlage 38.) 2. Lesung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

3. Bericht des Ausschusses 2 zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld zur Aenderung des Enteignungsgesetzes vom 11. April 1899. (Anlage 39.) 2. Lesung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

4. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. Vereinigung der Landgemeinde Tiefenstein mit der Stadtgemeinde Idar. (Anlage 51.) 1. Lesung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, nachmittags 4 Uhr einzureichen.

5. Bericht des Ausschusses 2 zu Anlage 52, betr. Staatsvertrag zwischen Preußen und Olden-

burg zur Regelung der Lotterieverhältnisse.
1. Lesung.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, nachmittag 4 Uhr einzureichen.

**6. Bericht des Ausschusses 3 zur 2. Lesung
der dem Finanzgesetz für das Jahr 1930/31 anzulegenden
Voranschläge sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes.** 1. Lesung.

Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Ausschufantrag 2a wird angenommen.

Der Ausschufantrag 2b wird angenommen.

Der Ausschufantrag 3a wird angenommen.

Der Ausschufantrag 3b wird angenommen.

Der Ausschufantrag 3c wird angenommen.

Eine Eingabe der Kraftlinie Berne-Lemwerder vom 15. Mai wird der Reg. als Material überwiesen.

Der Ausschufantrag 4 wird angenommen.

Der Ausschufantrag 5 wird angenommen.

Der Ausschufantrag 6 wird angenommen.

Der Antrag 7 wird angenommen.

Der Antrag 8 wird abgelehnt.

Der Ausschufantrag 9 wird angenommen.

Der Ausschufantrag 9a wird angenommen.

Der Antrag 10 wird abgelehnt.

Der Antrag 11 wird abgelehnt.

Der Ausschufantrag 12 wird angenommen.

Der Antrag 13 wird abgelehnt.

Der Antrag 14 (Druckfehler und ist zu streichen.)

Der Antrag 15 wird abgelehnt.

Der Antrag 16 wird abgelehnt.

Der Ausschufantrag 17 wird angenommen.

Der Antrag 18 wird abgelehnt.

Der Antrag 19 wird abgelehnt.

Der Ausschufantrag 20 wird angenommen.

Der Ausschufantrag 21 wird angenommen.

Der Ausschufantrag 22 wird angenommen.

Der Ausschufantrag 23 wird angenommen.

Der Ausschufantrag 24 wird angenommen.

Der Antrag 25 wird abgelehnt.

Der Ausschufantrag 26 wird angenommen.

Der Antrag 27 wird abgelehnt.

Der Ausschufantrag 27a wird angenommen.

Der Ausschufantrag 28a wird angenommen.

Zum Antrag 28 gab das Staatsministerium einen Verbesserungsantrag her:

Zu Antrag 28 stelle ich folgenden Verbesserungsantrag:

Zu Kap. 5b sind unter „Beteiligung an der Luftverkehrsgesellschaft Wilhelmshaven-Rüstringen m. b. H.“ 10 000 *RM* und zu Kap. 11 sind für einen Zuschuß für die „Luftverkehrsgesellschaft Wilhelmshaven-Rüstringen m. b. H.“ weitere 5000 *RM* einzustellen.

Ferner ist der Betrag zu Kap. 1 der Einnahmen um 10 000 *RM* zu erhöhen. Für einen Betrag für weitere 15 000 *RM* wird die Bürgschaft übernommen.

Der Verbesserungsantrag wird angenommen, damit ist der Antrag 28 erledigt.

Der Ausschufantrag 29 wird angenommen.

Der Ausschufantrag 30 wird angenommen.

Der Ausschufantrag 31 wird angenommen.

Der Antrag 32a wird abgelehnt.

Der Antrag 32b wird abgelehnt.

Der Antrag 33 wird abgelehnt.

Der Antrag 34 wird abgelehnt.

Der Antrag 35a wird abgelehnt.

Der Antrag 35b wird abgelehnt.

Der Antrag 36 wird abgelehnt.

Der Antrag 37 wird abgelehnt.

Der Antrag 38 wird abgelehnt.

Der Antrag 39 wird abgelehnt.

Der Antrag 40 wird abgelehnt.

Der Antrag 41 wird abgelehnt.

Der Antrag 42 wird abgelehnt.

Der Antrag 43 wird abgelehnt.

Der Antrag 44 wird abgelehnt.

Der Antrag 45 wird abgelehnt.

Der Ausschufantrag 46 wird angenommen.

Der Antrag 47 wird abgelehnt.

Der Ausschufantrag 47a wird angenommen.

Der Ausschufantrag 47b wird angenommen.

Die Abstimmung über die Anträge 48 und 49 wird vertagt.

Durch die nachstehende Erklärung des Herrn Finanzministers werden zu den Abschnitten „Finanzen“ der 3 Landesteile Änderungen bekanntgegeben:

Es treten gemäß Erklärung des Herrn Finanzministers folgende Änderungen in den Abschnitten „Finanzen“ der 3 Landesteile ein:

1. Landesteil Oldenburg.

Kap. 8 — 7 — 1 bis 3: 6 918 200 *RM* statt 7 150 000 *RM*; Kap. 8 — 7 — 6: 1 348 000 *RM*

statt 1 605 000 *R.M.*; Kap. 8 — 7 — 7 (neu) Biersteuer 144 000 *R.M.*

2. Landesteil Lüneb.

Kap. 7 — 5 — 1 bis 3 754 700 *R.M.* statt 760 000 *R.M.*; Kap. 7 — 5 — 7 (neu) Biersteuer 16 000 *R.M.*

3. Landesteil Birkenfeld.

Kap. 7 — 3 — 8 180 000 *R.M.* statt 150 000 *R.M.*; Kap. 7 — 4 — 1 bis 2 531 000 *R.M.* statt 744 000 *R.M.*; Kap. 7 — 4 — 3 131 600 *R.M.* statt 132 000 *R.M.*; Kap. 7 — 4 — 7 (neu) Biersteuer 16 000 *R.M.*

7. Bericht des Ausschusses 2 über den Antrag des Abg. Krause, betr. die Einrichtung einer Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgungskasse für die staatlichen Arbeiter und Angestellten.

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 1 wird angenommen.

8. Bericht des Ausschusses 2 über den selbständigen Antrag des Abg. Abdias, betr. die am 1. Januar 1930 erfolgte Erhöhung des Geldwertes der Naturalbezüge in der Sozialversicherung.

Zum Antrage 1 wurde vom Abg. Ubers folgender Verbesserungsantrag eingereicht:

Der Landtag wolle beschließen:

1. die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei künftigen Festsetzungen des Wertes der Sachbezüge nach Möglichkeit Rücksicht auf die Höhe der in den benachbarten Bezirken festgesetzten Werte genommen wird, und daß vor der Festsetzung des Wertes sämtliche Stellen gehört werden, wie das im § 160 der RVO. bestimmt ist.

2. den selbständigen Antrag des Abg. Abdias durch die Erklärungen der Regierung für erledigt zu erklären.

Der Antrag 2 wird angenommen.

Der Verbesserungsantrag Ubers wird abgelehnt.

Der Antrag 1 wird angenommen.

9. Bericht des Ausschusses 1 über den selbständigen Antrag des Abg. Rohr, betr. Saargängeruntersuchung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

10. Förmliche Anfrage des Abg. Dannemann.

Die förmliche Anfrage des Abg. Dannemann wird vom Staatsministerium beantwortet.

Die Besprechung der förmlichen Anfrage des Abg. Dannemann erfolgt in der nächsten Sitzung.

Niederschrift. V. Landtag, 4. Versammlung.

11. Förmliche Anfrage des Abg. Meyer (Holte).

Die förmliche Anfrage des Abg. Meyer (Holte) wird durch das Staatsministerium beantwortet.

12. Bericht des Ausschusses 1 zu den Eingaben des Reichsbundes Deutscher Mieter (Ortsverein Wilhelmshaven-Rüstringen und Gau Niedersachsen, Bezirk 6).

Der Antrag 2 wird angenommen.

Damit ist der Antrag 1 erledigt.

13. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Peter Sed y, betr. Ausweisung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

14. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des Kolonisten Heinrich Schwarzenberg in Thausen.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Damit ist der Antrag 2 erledigt.

15. Bericht des Ausschusses 2 über die Eingabe der Wirte-Bereinigung, Landesverband Oldenburg.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

16. Bericht des Ausschusses 3 über die Eingabe des Jos. Hix und Genossen aus Halen.

Zum Ausschußantrag wird vom Abg. Themann folgender Verbesserungsantrag hergegeben:

„Der Landtag wolle die Eingabe der Regierung zur Prüfung überweisen mit dem Hinweis, daß möglichst im Sinne der Petenten verfahren wird.“

Der Verbesserungsantrag des Abg. Themann wird abgelehnt.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

17. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des D. Windberg.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

18. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des G. Sußebach-Oldenburg.

Die Ausschußanträge 1 und 2 werden angenommen.

19. Bericht des Ausschusses 2 über die Eingabe des Rechnungstellers August Buschmann in Südbäte bei Rastede um Bewilligung einer Beihilfe zur Beseitigung von Altoven für den Landmann Diedr. Harms in Lehndermoor bei Hahn.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

20. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Landwirts H. Torhorst, betr. Härteaus-

gleich für durch Maßnahmen der Domänenverwaltung erlittenen Schaden.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

21. Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des Verbandes der Polizeibeamten der Ordnungspolizei Oldenburg e. V.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

22. Bericht des Ausschusses 1, betr. das Gesuch der Protokollführer des Amtsgerichts Oldenburg um Einreihung in die Vergütungsgruppe VI des Oldenburgischen Angestelltentarifs.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

23. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Bernh. Woldenga, Oldenburg.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

24. Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des Wilh. Spanhake, Oldenburg, betr. Ermäßigung der Steuer vom bebauten Grundbesitz.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

25. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des Gustav Wübbenhorst, Oldenburg-Osternburg, betr. Siedlung in der Stadtgemeinde Elsfleth.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

26. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des August Buschmann, Südbäke, betr. Aufwertung von Brandkassenentschädigungssummen aus der Zeit der Geldentwertung.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 12²⁰ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 15. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg am 2. Juni 1930, nachmittags 6 Uhr.

Zimmermann.

Wichmann.

Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Fünfzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 2. Juni 1930, nachmittags 16 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Die Sitzung wurde um 16²⁰ Uhr von dem Präsidenten eröffnet.

Abg. Wichmann verliest das Protokoll der vorigen Sitzung. Da Einwendungen nicht erhoben werden, wird es für festgestellt erklärt.

Abg. Broschko verliest das Verzeichnis der eingegangenen Eingaben:

Eingaben.

1. Eingabe des Landwirts Gustav gr. Rebel in Märshendorf um Entlassung seines Sohnes Johannes aus der Taubstummenanstalt Wildeshausen.
Ausschuß 1.
2. Eingabe des Kaufmanns W. Logemann in Oldenburg, um Ueberlassung eines Stück Gartenlandes von der Gendarmerie.
Ausschuß 1.
3. Eingabe des Stadtmagistrats Bad Schwartau, betr. Ablehnung der Vorlage 35 in 2. Lesung (Schulgesetz).
Ausschuß 2.
4. Eingabe des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten A. G. in Berlin, betr. Regelung der Polizeistunde im Gastwirts-gewerbe.
Ausschuß 1.

Der Landtag ist mit der Ueberweisung an die betr. Ausschüsse einverstanden.

Der Präsident gibt bekannt, daß von der Staatsregierung noch eine Vorlage 55, betr. Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. Aufnahme von Anleihen eingegangen ist.

Die Anlage 55 wird dem Ausschuß 3 zur Erledigung überwiesen.

Der Präsident weist weiter darauf hin, daß noch eine Anlage 56 eingegangen ist, betr. Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. Erhebung einer Verwaltungskostenabgabe (Kopfsteuer). Die Vorlage wird dem Ausschuß 3 überwiesen.

Der Präsident gibt ferner bekannt, daß der selbständige Antrag des Abg. Hobbie, betr. Kunstdünger, vom Antragsteller zurückgezogen ist.

Weiter gibt der Präsident bekannt, daß das Staatsministerium die Anlage 33, betr. Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. die Erhebung einer Steuer vom bebauten Grundbesitz zurückgezogen hat.

Der Präsident gibt ferner einen selbständigen Antrag des Abg. Frerichs, betr. evangelische Volksschule in Vechta, bekannt.

Der Antrag wurde dem Ausschuß 2 überwiesen und steht heute mit zur Beratung.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Ausschusses 1, betr. Aenderung des Besoldungsgesetzes für den Freistaat Oldenburg vom 25. Mai 1928.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

2. Bericht des Ausschusses 2 zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg zur Aenderung des Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 4. Februar 1910, zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck zur Aenderung des Schulgesetzes für das Fürstentum Lübeck vom 4. April 1911 und zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld zur Aenderung des Schulgesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 4. April 1911. (Anlage 35.) 2. Lesung.

Zum Antrag 1 wird vom Staatsministerium folgender Verbesserungsantrag gestellt:

Verbesserungsantrag zum Antrag 1 der 2. Lesung der Entwürfe von Abänderungsgesetzen zu den Schulgesetzen:

Annahme des Antrages des Abg. Jacobs mit der Maßgabe, daß hinter dem Wort „Klasse“ die Worte „in der Regel“ eingefügt werden,

im Antrag 2 der 1. Lesung statt „§§ 28,4; 33,2; 40,3 und 41,2“ gesetzt wird: „§ 28 Abs. 4, § 33 Abs. 2, § 40 Abs. 3 und § 41 Abs. 2“,

im Antrag 3 der 1. Lesung statt „§§ 23,4; 28,2; 35,3 und 36,2“ gesetzt wird: § 23 Abs. 4, § 28 Abs. 2, § 35 Abs. 3 und § 36 Abs. 2“,

und im Antrag 4 der 1. Lesung statt „§§ 22,4; 27,2; 34,3 und 35,2“ gesetzt wird: „§ 22 Abs. 4, § 27 Abs. 2, § 34 Abs. 3 und § 35 Abs. 2“,

sowie in den Anträgen 2 bis 4 Ziff. 3 der 1. Lesung die Zahl „2¹/₂“ durch „3“ ersetzt wird.

Der Verbesserungsantrag der Staatsregierung zum Antrag 1 wird angenommen, damit ist der Antrag 1 erledigt.

Die Anträge 2 und 3 werden angenommen.

3. Bericht des Ausschusses 2 zu Anlage 52, betr. Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg zur Regelung der Lotterieverhältnisse. 2. Lesung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

4. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr.

Bereinigung der Landgemeinde Tiefenstein mit der Stadtgemeinde Idar. (Anlage 51.) 2. Lesung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

5. Bericht des Ausschusses 3 zum Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. die Erhebung einer Steuer vom bebauten Grundbesitz im Rechnungsjahr 1930 (Hauszinssteuer). (Anlage 25.) 2. Lesung.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Der Antrag 2 wird angenommen, damit ist der Antrag 3 erledigt.

Der Antrag 4 wird abgelehnt.

Der Antrag 5 wird angenommen.

6. Bericht des Ausschusses 3 zum Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. die Erhebung einer Steuer zur Förderung des Wohnungsbaues im Rechnungsjahr 1930. (Anlage 26.) 2. Lesung.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird von der Tagesordnung abgesetzt, da vom Staatsministerium noch umfangreiche Abänderungsanträge gestellt sind, die eine nochmalige Beratung im Ausschuß notwendig erscheinen lassen.

Der 7. Punkt der Tagesordnung ist von der Staatsregierung zurückgezogen (Anlage 33).

8. Abstimmung über die Anträge 48 und 49 der 2. Lesung der Vorschläge und der 1. Lesung des Finanzgesetzes.

Auch dieser Punkt der Tagesordnung wird von der Tagesordnung abgesetzt.

9. Bericht des Ausschusses 1 zum Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg zur Abänderung des Gesetzes, betr. Anstellung und Besoldung der Mitglieder des Staatsministeriums vom 4. Juli 1919 in der Fassung der Abänderungsgesetze vom 10. August 1920 und 26. Mai 1924. (Anlage 54.) 1. Lesung.

Der Antrag 9 wird abgelehnt.

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

Der Antrag 4 wird angenommen, damit ist der Antrag 3 erledigt.

Der Antrag 5 wird angenommen.

Der Antrag 7 wird angenommen, damit ist der Antrag 6 erledigt.

Der Antrag 8 wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Dienstag, den 3. Juni 1930, vorm. 9 Uhr zu stellen.

10. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr.

Änderung der Gemeindeordnung. (Anlage 50.)**1. Lesung.**

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Die Anträge 2 und 3 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Dienstag, den 3. Juni 1930, vormittags 9 Uhr, zu stellen.

11. Bericht des Ausschusses 2 zu der Anlage 48, betr. die Wahlordnung für die katholischen Kirchengemeinden des Landesteils Birkenfeld. 1. Lesung.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind ebenfalls bis Dienstag, den 3. Juni 1930, vormittags 9 Uhr, zu stellen.

12. Besprechung über die förmliche Anfrage des Abg. Dannemann.

Die förmliche Anfrage Dannemann wird besprochen.

13. Förmliche Anfrage des Abg. Heitzmann.

Die förmliche Anfrage des Abg. Heitzmann wird vom Staatsministerium wie folgt beantwortet: (s. Stenogramm).

14. Bericht des Ausschusses 2 zu dem selbständigen Antrag des Abg. Rohr, betr. Behebung der Absatzschwierigkeiten landwirtschaftlicher Produkte im Grenzgebiet Birkenfeld.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

15. Bericht des Ausschusses 2 über den selbständigen Antrag des Abg. Rohr.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

16. Bericht des Ausschusses 2 zum selbständigen Antrag der Abg. Dr. Schulte, Meyer (Holte).

Der Ausschufantrag wird angenommen.

17. Bericht des Ausschusses 2 zum selbständigen Antrag des Abg. Frerichs, betr. Raumverhältnisse bei der evangelischen Volksschule in Wechta.

Die Ausschufanträge 1 und 2 werden angenommen.

18. Bericht des Ausschusses 1 über den selbständigen Antrag des Abg. Brendebach.

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 1 wird angenommen.

19. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe von Einwohnern aus Neuscharrel um Hilfsmaßnahmen.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

20. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Aug. Buschmann, Südbäke.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

21. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des Landesverbandes der Oldenburgischen Haus- und Grundbesitzervereine e. V.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

22. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des Fr. W. Rathmann zu Neudorf um Erlangung eines langfristigen Darlehens.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

23. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Johann Fiolka, Wildeshausen, betr. Auskunft über eine Sozialrente.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

24. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Kaufmanns W. Logemann, Oldenburg, betr. Ueberlassung eines Stückes Gartenland an den Petenten.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

25. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des H. Schwarting, Oldenburg, betr. Erlaß von Steuern und Eintragung einer Sicherheitshypothek.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

26. Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des D. Windberg, Schwaneburg, betr. Erlaß von Sporteln und Gebühren.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

27. Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeeangestellten U. G., Sitz Leipzig.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

28. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Landwirts Gustav gr. Rebel um Entlassung seines Sohnes Johannes aus der Taubstummenschule in Wildeshausen.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

29. Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Ehefrau B. Funke in Elisabethsh.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

30. Bericht des Ausschusses 2 zu den Eingaben des Landesverbandes Oldenburger Lehrerinnen und des Oldenburgischen Landeslehrervereins, betr. Ausbildung der Volksschullehrer.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

31. Bericht des Ausschusses 2 über die Eingabe des Bernhard Klümper, Warffel, betr. Personenwahlen (zum Amtsrat, zum Beigeordneten, zum Bezirksvorsteher usw.) in Warffel.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

32. Bericht des Ausschusses 3 über die Eingabe

des Schiffer- und Kolonisten-Vereins Elisabethsehn.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Der Abg. Eichler verliest für seine Fraktion eine Erklärung betr. Landestheater in Oldenburg.

Der Präsident schließt die Sitzung um 18⁵⁰ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 16. ordentlichen Sitzung der 4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg am 5. Juni 1930.

Zimmermann.

Broschko.



Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Sechzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 5. Juni 1930, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Die Sitzung wurde um 9¹⁵ Uhr von dem Präsidenten eröffnet.

Abg. Wichmann verliest das Protokoll der letzten Sitzung. Da Einwendungen nicht erhoben werden, gilt das Protokoll für festgestellt.

Der Präsident gibt eine förmliche Anfrage des Abg. Fid, betr. Arbeitszeit im Gastwirtsgewerbe bekannt. Die Beantwortung wird demnächst schriftlich erfolgen.

Der Präsident gibt ferner eine förmliche Anfrage des Abg. Jacobs, betr. das Vereinswesen in den höheren Schulen bekannt.

Die förmliche Anfrage kann noch nicht beantwortet werden.

Der Abg. Jacobs ist damit einverstanden, daß die Beantwortung in der nächsten Versammlung des Landtages erfolgt.

Eine kurze Anfrage des Abg. Müller wird vom Vertreter des Staatsministeriums beantwortet.

Eine kurze Anfrage des Abg. Krause kann noch nicht beantwortet werden. Die Antwort wird schriftlich erfolgen.

Herr Geheimrat Tappenbeck gibt namens der Staatsregierung eine Erklärung betr. Aufführung des Schauspiels „Er“ ab (s. Stenogramm).

Der Landtag nimmt die Erklärung zur Kenntnis.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Ausschusses 3 zur Anlage 55, betr. Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg wegen Aufnahme von Anleihen. 1. Lesung.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 11 Uhr zu stellen.

2. Bericht des Ausschusses 3 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. die Erhebung einer Landesverwaltungs-kostenabgabe. (Anlage 56.) 1. Lesung.

Zum Antrag 1 beantragt der Abg. Broschko namentliche Abstimmung.

Der Antrag 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 25 : 21 Stimmen abgelehnt.

Abdids nein, Albers ja, gr. Beilage nein, Brendebach nein, Brodel ja, Broschko ja, Dannemann nein, Dohm nein, Edholt nein, Eichler ja, Fid ja, Frerichs ja, Göhrs nein, Hagstedt ja, Hartong nein, Hastamp nein, Heitmann ja, Hobbie ja, Hug ja, Jacobs ja, Janßen nein, Jffland ja, Kaper ja, Krause ja, Lahmann ja, Langemeyer nein, Lehmkuhl nein, Meyer (Oldenburg) ja, Meyer (Holte) nein, Müller ja, Nieberg nein,

Petters nein, Röder nein, Rohr nein, Sante nein, Schmidt ja, Schömer ja, Schröder nein, Schulte nein, Themann nein, Thyne nein, Wempe nein, Weyand nein, Wichmann nein, Wittje ja, Zimmermann ja.

Zum Antrag 3 wird vom Abg. Broschko folgender Verbesserungsantrag gestellt:

Hinter dem Wort „Sozialrentner“ ist einzufügen „und andere Personen“.

Der Abg. Broschko beantragt zum Antrag 3 ebenfalls namentliche Abstimmung.

Der Antrag 3 mit dem Verbesserungsantrag des Abg. Broschko wird in namentlicher Abstimmung mit 27:19 Stimmen abgelehnt.

• Addids nein, Albers ja, gr. Beilage nein, Brendebach nein, Brodek ja, Broschko ja, Dannemann nein, Dohm nein, Edholt nein, Eichler ja, Fid ja, Frerichs ja, Göhrs nein, Hagstedt ja, Hartong nein, Hastamp nein, Heitmann ja, Hobbie ja, Hug ja, Jacobs ja, Janßen nein, Jffland ja, Kaper ja, Krause ja, Lahmann ja, Langemeyer nein, Lehmluhl nein, Meyer (Oldenburg) ja, Meyer (Holte) nein, Müller ja, Nieberg nein, Petters nein, Röder nein, Rohr nein, Sante nein, Schmidt nein, Schömer ja, Schröder nein, Schulte nein, Themann nein, Thyne nein, Wempe nein, Weyand nein, Wichmann nein, Wittje nein, Zimmermann ja.

Der Antrag 4 wird angenommen, damit ist der Antrag 2 erledigt.

Anträge zur 2. Lesung sind in zehn Minuten zu stellen.

3. Bericht des Ausschusses 3 zum selbständigen Antrag der Abgeordneten Broschko u. Fid. 1. Lesung.

Der gestellte Antrag wird abgelehnt.

Anträge zur 2. Lesung sind in zehn Minuten zu stellen.

4. Bericht des Ausschusses 2 über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. Änderung der Gemeindeordnung. (Anlage 50.) 2. Lesung.

Der Ausschubantrag wird angenommen.

5. Bericht des Ausschusses 2 zu der Anlage 48, betr. die Wahlordnung für die katholische Kirchengemeinden des Landesteils Birkenfeld. (Anlage 48.) 2. Lesung.

Der Ausschubantrag wird angenommen.

6. Bericht des Ausschusses 1 zum Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg zur Abänderung des Gesetzes, betr. Anstellung und Besoldung der Mitglieder des Staatsministeriums vom 4. Juli 1919 in der Fassung der Abänderungsgesetze vom 10. August 1920 und 26. Mai 1924. (Anlage 54.) 2. Lesung.

Der Antrag 5 wird abgelehnt.

Die Anträge 1 und 2 werden abgelehnt.

Da der vom Abg. Heitmann unter a) gestellte Antrag einige Formfehler aufweist, unterbricht der Präsident die Sitzung um 11⁴⁰ Uhr, um dem Ausschuß 1 Gelegenheit zu geben, nochmals zusammenzutreten.

Um 12²⁰ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Zu Antrag 3 stellte der Abg. Heitmann darauf folgenden Verbesserungsantrag:

Wird ein im Dienst befindlicher Zivilstaatsdiener zum Minister gewählt, so wird er mit dem Tage seiner Wahl kraft Gesetzes mit Wartegeld zur Disposition gestellt. Das Wartegeld beträgt 80 v. H. des Dienst-einkommens, das der Staatsminister nach dem Besoldungsgesetz vom 25. Mai 1928 in der Besoldungsgruppe, der er vor Eintritt in das Staatsministerium angehört hat, als Höchsteinkommen erreicht hat oder hätte erreichen können, mindestens aber 6000 *RM* jährlich. Wird ein zur Disposition gestellter Zivilstaatsdiener zum Minister gewählt, so beträgt sein Wartegeld 80 v. H. des Ruhegehaltsfähigen Dienst-einkommens, das der Berechnung seines bisherigen Wartegeldes zugrunde gelegt war, mindestens aber 6000 *RM* jährlich. Das Wartegeld ruht während der Zeit, für die der Staatsminister Amtsbezüge erhält.

Wird ein Staatsminister in den Ruhestand versetzt, erhält er ein Ruhegehalt in Höhe des ihm zustehenden Wartegeldes.

Der Antrag wird angenommen, damit ist der Antrag 3 erledigt.

Der Antrag 4 wird abgelehnt.

Vom Abg. Heitmann wird noch ein Antrag 5a eingereicht:

Der in erster Lesung angenommene Antrag 5 erhält folgende Fassung:

Dem § 4 des Gesetzes vom 4. Juli 1919 wird als Schlußabsatz hinzugefügt: „Aus besonderen Gründen kann der Landtag für den ausscheidenden Minister ein Ruhegehalt festsetzen“.

Der Antrag 5a wird angenommen.

Der Antrag 6 wird abgelehnt.

Der Antrag 7 wird angenommen.

7. Bericht des Ausschusses 3 und Nachtragsbericht zum Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. die Erhebung einer Steuer zur Förderung des Wohnungsbaues. (Anlage 26.) 2. Lesung.

Der Antrag 1 wird zurückgezogen.

Der Antrag 2 wird abgelehnt, damit ist der Antrag 3 erledigt.

Ein Teil des Ausschusses stellt den Antrag:

Annahme des Gesetzentwurfes, wie er sich aus den Beschlüssen zur 1. und 2. Lesung ergibt und im ganzen.

(Antrag 3 des Berichts.)

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Der Antrag 3 ebenfalls angenommen.

8. Abstimmung über die Anträge 48 und 49 der 2. Lesung der Voranschläge und der 1. Lesung des Finanzgesetzes und Nachtragsbericht 2 des Ausschusses 3 zur 2. Lesung der Voranschläge bzw. zum Finanzgesetz.

Der Abg. Schömer beantragt, den Nachtragsbericht 2 des Ausschusses 3 zur 2. Lesung der Voranschläge von der Tagesordnung abzusehen.

Der Antrag Schömer wird von der Mehrheit des Landtages abgelehnt.

Zum Antrag 48 stellt die Staatsregierung noch folgenden Verbesserungsantrag:

Zu Abschnitt 5 (soziale Fürsorge) Kap. 9 Tit. 2 der Ausgaben (Zinszuschüsse zur Förderung der Neubautätigkeit und für Wohnungsumbauten), wird die Summe von 50 000 *RM* wieder eingesetzt. Der Betrag war infolge Annahme des Antrages 48 zur 1. Lesung offengeblieben.

Der Verbesserungsantrag der Staatsregierung wird angenommen.

Der Antrag 48 wird angenommen.

Der Antrag 49a wird angenommen.

Zum Antrag 49b beantragt der Abg. Schömer namentliche Abstimmung.

Der Antrag 49b wird in namentlicher Abstimmung mit 25:20 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Abdids ja, Albers ja, gr. Beilage ja, Brendebach ja, Brodeß nein, Broschko nein, Dannemann ja, Dohm ja, Edholt ja, Eichler nein, Fid ja, Frerichs nein, Göhrs ja, Hagstedt nein, Hartong ja, Haslamp nein, Heitmann nein, Hobbie nein, Hug nein, Jacobs nein, Janßen ja, Jffland nein, Kaper nein, Krause nein, Lahmann nein, Langemeyer ja, Lehmkühl ja, Meyer (Oldenburg) nein, Meyer (Holte) ja, Müller nein, Nieberg nein, Petters ja, Röder ja, Rohr ja, Sante ja, Schmidt ja, Schömer nein, Schröder nein, Schulte ja, Themann ja, Thyje ja, Wempe ja, Beyand ja, Wichmann ja, Wittje enthalten, Zimmermann nein.

Die Anträge 49c und 49d werden angenommen.

Der Antrag 49e wird abgelehnt.

Zu dem vom Regierungsvertreter eingebrachten Verbesserungsantrag A 1 zu dem in erster

Niederschrift. V. Landtag, 4. Versammlung.

Lesung angenommenen Antrag 3 stellt der Abg. Schömer folgenden Verbesserungsantrag:

„Ich beantrage, 5% Zinszuschüsse in 4% und 3% in 4% umzuändern.“

Der Verbesserungsantrag des Abg. Schömer wird abgelehnt.

Der Antrag 3b wird abgelehnt.

Der Antrag 3a wird angenommen, damit ist der Antrag 3c erledigt.

Die Anträge 4 und 5 werden angenommen.

Der Präsident unterbricht die Sitzung um 13³⁰ Uhr und kündigt die Fortsetzung um 15³⁰ Uhr an.

Der Präsident eröffnet um 15⁴⁰ Uhr die Sitzung.

Die Reihenfolge der Tagesordnung wird auf Vorschlag des Präsidenten geändert.

Zunächst soll der Punkt 10, dann 9, und dann der Punkt 8 beraten werden.

10. Bericht des Ausschusses 3 zum selbständigen Antrag der Abgeordneten Broschko u. Fid. 2. Lesung.

Der selbständige Antrag der Abg. Broschko und Fid wird auch in 2. Lesung abgelehnt.

9. Bericht des Ausschusses 3 zum Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. die Erhebung einer Landesverwaltungs-kostenabgabe. (Anlage 56.) 2. Lesung.

Der Abg. Broschko hat die Wiederherstellung und Annahme der in 1. Lesung abgelehnten Anträge 1 und 3 beantragt. (Antrag 2 des Berichtes).

Der Regierungsvertreter beantragt die Annahme des Gesetzentwurfes in der Fassung der Regierungsvorlage. (Antrag 1 des Berichtes).

Zum Antrag 49f beantragt der Abg. Schömer namentliche Abstimmung.

Der Antrag 49f wird in namentlicher Abstimmung mit 22:21 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Abdids nein, gr. Beilage nein, Brendebach nein, Brodeß ja, Broschko ja, Dannemann nein, Dohm nein, Edholt ja, Eichler nein, Fid ja, Frerichs ja, Göhrs holt ja, Eichler nein, Fid ja, Frerichs ja, Göhrs ja, Hagstedt ja, Hartong nein, Haslamp nein, Heitmann ja, Hobbie nein, Hug ja, Jacobs ja, Janßen nein, Jffland ja, Kaper ja, Krause ja, Lahmann ja, Langemeyer nein, Lehmkühl nein, Meyer (Oldenburg) ja, Meyer (Holte) enthalten, Müller ja, Nieberg nein, Petters ja, Röder nein, Rohr nein, Schmidt ja, Schömer ja, Schröder nein, Schulte nein, Themann nein, Thyje nein, Wempe

Weyand nein, Wichmann nein, Wittje ja, Zimmermann ja.

Der Antrag 49g wird angenommen.

Die Anträge 49h und 49i werden abgelehnt.

Der Antrag 49 wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung des Finanzgesetzes sind bis 17³⁰ Uhr zu stellen.

Der Präsident unterbricht die Sitzung für zehn Minuten.

Der Präsident eröffnet um 17³⁵ Uhr die Sitzung.

11. Bericht des Ausschusses 3 zur 2. Lesung des Finanzgesetzes für das Jahr 1930.

Der Abg. Schömer beantragt:

Ablehnung des in 2. Lesung der Voranschläge bzw. 1. Lesung des Finanzgesetzes angenommenen Antrages 49b.

Es wird namentliche Abstimmung beantragt.

Der Antrag des Abg. Schömer wird in namentlicher Abstimmung mit 26:20 Stimmen abgelehnt.

Abdids nein, Albers nein, gr. Beilage nein, Brendebach nein, Brodet ja, Broschko ja, Dannemann nein, Dohm nein, Edholt nein, Eichler ja, Fid ja, Frerichs ja, Göhrs nein, Hagstedt ja, Hartong nein, Haslamp nein, Heitmann ja, Hobbie ja, Hug ja, Jacobs ja, Janßen nein, Jffland ja, Kaper ja, Krause ja, Lahmann ja, Langemeyer nein, Lehmtuhl nein, Meyer-D. ja, Meyer-H nein, Müller ja, Nieberg ja, Petters nein, Röder nein, Rohr nein, Sante nein, Schmidt nein, Schömer ja, Schröder ja, Schulte nein, Themann nein, Thye nein, Wempe nein, Weyand nein, Wichmann nein, Wittje nein, Zimmermann ja.

Der Abg. Schömer beantragt ferner:

Wiederherstellung und Annahme des Antrages 49f des Nachtragsberichts 2 des Ausschusses 3 zur 2. Lesung der Voranschläge bzw. zum Finanzgesetz 1. Lesung.

Es wird ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt.

Der Antrag des Abg. Schömer wird in namentlicher Abstimmung mit 26:20 Stimmen abgelehnt.

Abdids nein, Albers ja, gr. Beilage nein, Brendebach nein, Brodet ja, Broschko ja, Dannemann nein, Dohm nein, Edholt nein, Eichler nein, Fid ja, Frerichs ja, Göhrs nein, Hagstedt ja, Hartong nein, Haslamp nein, Heitmann ja, Hobbie nein, Hug ja, Jacobs ja, Janßen nein, Jffland ja, Kaper ja, Krause ja, Lahmann ja, Langemeyer nein, Lehmtuhl nein, Meyer-D. ja, Meyer-H nein, Müller ja, Nieberg nein, Petters ja, Röder nein, Rohr nein, Sante nein, Schmidt ja, Schömer ja, Schröder nein, Schulte nein, Themann nein, Thye nein, Wempe nein, Weyand nein, Wichmann nein, Wittje ja, Zimmermann ja.

Der Ausschußantrag zur 2. Lesung des Finanzgesetzes für das Jahr 1930 wird angenommen.

12. Bericht des Ausschusses 3 zur Anlage 55, betr. Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg wegen Aufnahme von Anleihen. 2. Lesung.

Zur 2. Lesung des Anleihegesetzes stellt der Regierungsvertreter folgenden Antrag:

den Betrag von 1 359 000 *R.M.* im § 2c (Anleihen für den Landesteil Lübed) um 50 000 *R.M.* auf 1 409 000 *R.M.* entsprechend der Annahme des Antrages Broschko 49g zum Nachtragsbericht 2 des Ausschusses 3 zur 2. Lesung der Voranschläge zu erhöhen.

Der Antrag des Regierungsvertreter, sowie die Anträge 1 und 2 des Berichtes des Ausschusses 3 zur 2. Lesung des Anleihegesetzes (Anlage 55) werden angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident schloß um 18 Uhr die Sitzung und vertagte den Landtag auf unbestimmte Zeit.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des V. Landtags des Freistaats Oldenburg, 4. Versammlung, am 6. Juni 1930.

Zimmermann. Schröder. Meyer (Holte). Broschko. Rohr. Wichmann.